

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2018



Der Traum von Prag

20 Jahre Stiftung Aufarbeitung

Mauerstücke am Deutschen Eck

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Kontroversen
Informationstafel enthüllt

Recht

- 4 Leise Hoffnung auf Verbesserungen

International

- 5 Resolution
„No War No Vietnam“

Thema

- 6 Der Traum von Prag

Interview

- 9 „Deutsche Teilung und kommunistische Diktatur
sind gesamtdeutsche Themen“

Berichte

- 11 Die Mauerstücke am Deutschen Eck
12 Vergessene Fluchten über Bulgarien
13 Beratungsstelle „Gegenwind“ beging Jubiläum
Petition übergeben
Fachgespräch mit Parlamentariern
14 UOKG-Ausstellung in Marienborn
Dokumentiert

Verbände

- 15 UOKG-Kongreß
Taschenkalender erschienen
Suchanzeige
16 Einladung
Leserbrief
Abschied

Service/Bücher

- 17 Historisches Zeugnis
18 Das MfS in Nordhausen
Russische Jahre
19 Der Tod des Automobilfabrikanten

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Villa Heike in Berlin-Hohenschönhausen. Anlässlich des Tages des offenen Denkmals 2018 führten Historiker der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und Architekten durch die einstige Villa des Maschinenfabrikanten Richard Heike. Nach dem Ende des II. Weltkrieges wurde Heike erschossen und seine Villa als Verhörzentrale der sowjetischen Geheimpolizei genutzt. Später zog das MfS mit seinem zentralen Geheimarchiv aus der Zeit der NS-Diktatur dort ein. Heute wird das denkmalgeschützte Haus zu einem Büro- und Ateliergebäude ausgebaut.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Kleinarbeit und Klinkenputzen der UOKG auf politischer Ebene – was bringt das?

Tja, schön wäre es, wenn die Ansprüche der verschiedenen SED-Opfergruppen auch ohne Klinkenputzen bei Mandatsträgern durchgesetzt werden könnten. Die Realität, das wissen wir alle, ist eine andere. Ständiges Werben für unsere berechtigten Interessen ist der Alltag. Mal gibt es erfolgreiche Gespräche, mal aber auch frustrierende. Dennoch, der Spruch „Klappern gehört zum Geschäft“, hat auch hier seine Gültigkeit.

Ab und an kommen mir Zweifel, ob wir laut genug „klappern“, und oft denke ich: Eigentlich müßten die doch auch selbst darauf kommen. Was ist eigentlich so schwer daran zu begreifen, wenn wir bei der SED-Opferrente verlangen, daß der hinterbliebene Ehepartner nicht leer ausgeht, wenn der ehemals inhaftierte Partner verstirbt? Bei der gesetzlichen Rentenversicherung gibt es auch die Witwenregelung. Warum muß man heute jemandem erklären, daß, wenn ein Ehepartner zu Unrecht in der DDR inhaftiert wurde, der nicht inhaftierte Ehepartner oder auch die Kinder einem Spießbrutenlauf ausgesetzt waren und außerdem in vielen Fällen ihre Arbeit verloren haben oder abgestuft wurden?

Das ist gesellschaftliche und politische Realität, die wir beklagen können, aber die uns dennoch nicht entmutigen kann. Wer sich nicht meldet, wird nicht gesehen. Wir bemühen uns jedenfalls um viele belastbare Gesprächskontakte, um bei den Mandatsträgern, die zwar gutwillig, jedoch unwissend sind, für Verständnis zu werben. Hier komme ich übrigens auch auf ein Thema zu sprechen, daß in unseren Reihen teilweise kontrovers diskutiert wird.

In drei Landesregierungen haben wir Mandatsträger der Partei Die Linke in Verantwortung, darunter sogar ein Ministerpräsident. Die Frage, ob wir auch mit Amtsinhabern in Regierungen und Parlamenten, die der Partei Die Linke angehören, sprechen können, wird in unseren Reihen unterschiedlich beantwortet. Ich meine, daß wir als UOKG und auch als Opferverbände jede Hilfe annehmen sollten, die unsere Anliegen weiterbringt. Nachdem es im Deutschen Bundestag weder in der letzten noch in der aktuellen Wahlperiode hinbekommen wurde, endlich die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, die 2019 auslaufen, zu entfristen, haben wir uns insbesondere in Brandenburg, Berlin und Thüringen darum bemüht, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die zwischenzeitlich auch vom Bundesrat positiv entschieden wurde.

Niemand weiß, ob die jetzige Regierungskoalition in Berlin ihr Ziel erreicht und jeder weiß, daß in einer solchen ungewissen Atmosphäre in der realen Politik auch im Deutschen Bundestag andere Themen Vorrang haben. Und dennoch haben wir einen Anspruch darauf, daß die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze entfristet werden und Klarheit geschaffen wird, wo Klarheit notwendig ist. Der Umstand, daß wir dies nur haben weiterbringen können mit Hilfe von drei Landesregierungen mit linker Beteiligung, gefällt mir auch nicht, aber das ist die Realität. Also ganz klar, Klinkenputzen und Werben bleiben uns nicht erspart.

Herzlichen Dank,

Ihr Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender

Kontroversen

(st)Im August dieses Jahres hatte der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski (CDU), der auch Vizepräsident des Brandenburger Landtages ist, der Lausitzer Rundschau ein Interview gegeben, in dem er, den derzeitigen politischen Verhältnissen geschuldet, eine Kooperation mit der Partei Die Linke nicht mehr ausschloß. Das Interview führte zu Irritationen und Kontroversen bei den ehemaligen politisch Verfolgten. Der Offene Brief des UOKG-Ehrenvorsitzenden Horst Schüler an Dieter Dombrowski vom 25. September faßt diese zusammen (vollständig nachzulesen auf <http://www.workuta.de/aktuelles/index.html>).

Es folgte am 9. Oktober eine außerordentliche Sitzung des UOKG-Vorstandes. Im Anschluß erging ein Mitgliederrundschreiben an die in der UOKG organisierten Verbände und Initiativen. Darin erklärte Dieter Dombrowski ausführlich seine Beweggründe, die zu dem Interview führten. Außerdem wurde der folgende, auf der außerordentlichen Vorstandssitzung einstimmig gefaßte Beschluß versandt:

1. Der Bundesvorsitzende, Dieter Dombrowski, bedauerte, daß es im Interview in der Lausitzer Rundschau dazu kommen konnte, daß seine Aussagen seiner Funktion als Bundesvorsitzender der UOKG zugeordnet werden konnten. Herr Dombrowski sagte zu, zukünftig darauf zu achten, daß es in öffentlichen Statements zu keinen Vermischungen seiner verschiedenen Funktionen kommen kann.
2. Der Bundesvorstand ist sich darüber einig, daß alle Mitglieder der Partei

Die Linke die politisch-moralische Verantwortung für die Verbrechen der SED-Diktatur tragen. Einigkeit besteht aber auch darüber, daß den jüngeren Mitgliedern der Partei keine persönliche Verantwortung für die Verbrechen der SED-Diktatur anzulasten ist.

3. Der Bundesvorstand ist sich auch darüber einig, daß die Partei Die Linke nicht linksextremistisch und die AfD nicht rechtsextremistisch ist.
4. Der Bundesvorstand hat Einigkeit darüber, daß die UOKG mit allen Vertretern von demokratisch gewählten Parteien Gespräche mit dem Ziel der Verbesserung der Lage der Opfer des Kommunismus führen kann.

Dem Mitgliederrundschreiben ebenfalls beigefügt war der Artikel „Wie es zur Entlassung von Hubertus Knabe kam“ im Tagesspiegel vom 8. Oktober. Das Thema hatte bundesweit für Kontroversen gesorgt. Auf einer außerordentlichen Sitzung des Stiftungsrates der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen am 25. September war einstimmig beschlossen worden, den Direktor der Gedenkstätte, Dr. Hubertus Knabe, zu beurlauben und zu entlassen. Man habe kein Vertrauen in Knabes Fähigkeit, einen notwendigen Kulturwandel in der Gedenkstätte einzuleiten und zu vertreten. Hintergrund waren wiederholte Vorwürfe sexueller Belästigung gegen den stellvertretenden Direktor Helmuth Frauendorfer.

In der Folge wurde der Verdacht laut, Knabes Beurlaubung sei politisch motiviert und vom Stiftungsratsvorsitzenden Dr. Klaus Lederer (Die Linke) veranlaßt. Dieter Dombrowski, selbst Mitglied des Stiftungsrates, hat sich zu dem Thema am

26. September auf www.uokg.de/thema/aktuelles/mitteilungen/ erklärt. Am 1. Oktober verfaßten vier Mitglieder des Beirates der Gedenkstätte einen Offenen Brief an Lederer, in dem sie gegen die Entlassung und für eine Wiedereinsetzung Knabes votierten (ebenfalls auf <http://www.workuta.de/aktuelles/index.html> nachzulesen). Am 12. Oktober meldete der Spiegel, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, beabsichtige, eine unabhängige Findungskommission für die Nachfolge Knabes einzurichten. Obwohl Bund und Land die Gedenkstätte finanzieren, solle weder das Kanzleramt noch die Berliner Kulturbehörde in dem Gremium vertreten sein. Die CDU-Politikerin wolle so mögliche Kritik entkräften, ein linker Kultursenator könne jemanden, der das DDR-Unrecht verharmlost, zum Leiter der Gedenkstätte berufen. 

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 2443

Fax (03 41) 961 2499

Informationstafel enthüllt

(vkbf)Am 3. Oktober wurde in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus eine Informationstafel des Vereins „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ enthüllt. An der Präsentation der Tafel nahmen neben ehemaligen Insassen auch Dieter Dombrowski (CDU), Vizepräsident des Brandenburger Landtages, Bundesvorsitzender der UOKG und Vorsitzender des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V., die Landtagsabgeordnete Heide Schinowsky (Bündnis 90/Die Grünen), Sylvia Wähling, Geschäftsführerin vom Menschenrechtszentrum Cottbus e.V./

Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, sowie der Brandenburger Justizminister Stefan Ludwig (Die Linke) teil.

„Brandenburg braucht einen zentralen Erinnerungsort zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte“, erklärte Vereinssprecher Roland Herrmann. Aus Sicht des Betroffenenverbands der ehemaligen Kindergefängnis-Insassen wäre das Gelände des Zuchthaus in Cottbus dafür gut geeignet. „Noch heute kann man mit jeder Pore die Repression und die Angst spüren, die von der ehemaligen Haftan-

stalt in Cottbus ausging“, sagte Herrmann, der als Kind monatelang in Bad Freienwalde inhaftiert war.

„Die Aufstellung einer Tafel in Cottbus kann hierbei ein erster Schritt sein. Jetzt sollte die Landesregierung das Heft des Handelns in die Hand nehmen und ein Konzept für einen zentralen Erinnerungsort erstellen. Darin sollte auch das Archiv für die in Brandenburg eroberten Stasi-Akten integriert werden“, regte Roland Herrmann im Beisein des Brandenburger Justizministers Ludwig an. „Die Debatte um den Verbleib der Stasi-Akten im Land Brandenburg sollte als Chance genutzt werden.“ 

Leise Hoffnung auf Verbesserungen

Bundratsinitiative soll Novellierung der Reha-Gesetze anstoßen

Wegen ständiger Nachfragen hinsichtlich der Verbesserung der Leistungen nach den drei Rehabilitierungsgesetzen und danach, was die Opferverbände und die Politik zu tun gedenken, um in erster Linie die wirtschaftliche Situation der Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR erträglicher zu gestalten, an dieser Stelle einige Ausführungen zu dem neuerlichen Antrag der Länder Brandenburg, Thüringen und Berlin an den Bundesrat. Bereits 2017 wurde ein ähnlicher Antrag gestellt, der leider dem natürlichen Ende der Legislaturperiode zum Opfer fiel.

Nicht nur die Opferverbände, sondern auch die Regierungen der oben genannten Länder sind der Meinung, daß das mit den drei Rehabilitierungsgesetzen in den 1990er Jahren geschaffene umfangreiche System von Maßnahmen nicht ausreichend ist, um den Opfern politischer Verfolgung eine wirkliche Wiedergutmachung erlittenen Unrechts angeeignet zu lassen. Trotz der mehrfachen Novellierungen über die Jahrzehnte sind die Defizite des Gesetzeswerkes nicht zu übersehen. Deshalb haben oben genannte Länder eine „Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politischer Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ eingebracht, die bereits an verschiedene Bundratsausschüsse überwiesen wurde.

In der Entschließung des Bundesrates wird die Bundesregierung gebeten, die gesetzlichen und verwaltungsseitigen Voraussetzungen zu schaffen, auch Verfolgtengruppen, die bisher nicht oder nur unzureichend unterstützt werden, in das

Leistungsspektrum der Rehabilitierungsgesetze einzubinden.

Besonders betrifft das die Gruppe der anerkannten verfolgten Schüler, die bisher außer einem Blatt Papier keinerlei Zugang zu Leistungen nach dem III. Abschnitt des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes hatten, weil sie auf Grund ihrer gesetzlichen Sonderstellung nicht dem Anwendungsbereich des § 1 BerRehaG unterfallen und demzufolge auch keinen rentenrechtlichen Nachteilsausgleich erhalten. Ebenso ist diesen Betroffenen der Anspruch auf soziale Ausgleichsleistung verwehrt.

Auch Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des MfS haben bisher keinerlei Anspruch auf soziale Leistungen. Ein solcher Anspruch besteht nur dann, wenn nachweisbar kausal durch eine Zersetzungsmaßnahme Gesundheitsschäden verursacht wurden. Gesundheitliche Schäden im Rahmen der Verwaltungsrechtlichen Rehabilitation auf die Verfolgung zurückzuführen, ist oft nicht zu erbringen, d.h. die Situation der Zersetzungsopfer, zu einer Anerkennung zu kommen, gestaltet sich noch schwieriger als bei denjenigen Betroffenen, die haftbedingte Gesundheitsschäden geltend machen wollen. An diesem Zustand wird sich meines Erachtens auch nicht wirklich etwas ändern mit der unter Punkt 6 aufgeführten Formulierung, daß bei der Feststellung und Bewertung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden die „komplexen Traumafolgestörungen“ angemessen zu berücksichtigen sind – natürlich im Rahmen der Leitlinien! Das hatten wir alles schon einmal. So lange es keine Beweis-

lastumkehr gibt, bleibt die Situation für diese Betroffenen unzumutbar.

Ziel der Novellierung ist

1. Zersetzungsopfern den Zugang zu den monatlichen Ausgleichsleistungen zu eröffnen,
2. den gemäß § 3 BerRehaG anerkannten verfolgten Schülern den Zugang zu Leistungen nach dem Dritten Abschnitt des BerRehaG zu eröffnen,
3. die Mindestdauer der Verfolgung für die monatlichen Ausgleichsleistungen in § 8 Absatz 2 Satz 1 BerRehaG und in § 17a Absatz 1 Satz 1 StrRehaG anzugleichen,
4. auf eine Minderung der monatlichen Ausgleichsleistungen bei Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung gemäß § 8 Absatz 1 Satz 2 BerRehaG zu verzichten,
5. eine regelmäßige Dynamisierung der monatlichen Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG und § 17a StrRehaG vorzusehen und
6. die „komplexen Traumafolgestörungen“ auf Grund von politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR bei der Feststellung und Bewertung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden im Rahmen der Leitlinien zur Begutachtung psychischer und psychosomatischer Erkrankungen angemessener zu berücksichtigen.

Voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Bundesrates am 19. Oktober 2018 (nach Redaktionsschluß) wird zu dieser Problematik entschieden werden. Wird der Entschließung zugestimmt, geht sie anschließend in den Bundestag.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

UOKG-Abendveranstaltung

„Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit – Auswirkungen und verwehrt Entschädigung heute“

Mittwoch, 5. Dezember 2018, 18.00 Uhr

Impulsreferat „Zersetzen. Strategie einer Diktatur“

Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin, Autorin

Im Anschluß Podiumsdiskussion

Mit der „Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“ gab das MfS ein Instrumentarium verschiedenster Zersetzungsmaßnahmen vor, die sich tief und zerstörerisch im privaten und beruflichen Leben der Betroffenen auswirkten. Die Richtlinie kam zur Anwendung z.B. gegen oppositionelle Gruppen und Einzelpersonen, unangepaßte Künstlerkreise, die alternative Umwelt- und Friedensbewegung, nonkonforme Kirchenvertreter, unangepaßte Jugendliche. Die Folgen von Zersetzungsmaßnahmen setzen sich bis in die Gegenwart fort, Betroffene leiden unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen und nicht zu kompensierenden materiellen Defiziten. Die derzeit theoretisch zur Verfügung stehende Möglich-

keit einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitation ist quasi nur symbolisch, da aus ihr keine Entschädigungsleistungen resultieren und eine Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden zumeist verwehrt wird.

Die Veranstaltung soll dazu beitragen, diesen Mißstand öffentlich zu machen und gleichzeitig Argumente dafür liefern, daß der Gruppe der Zersetzungsopfer auf dem Weg der in der laufenden Legislaturperiode anstehenden Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze erstmals Ausgleichsleistungen zuzuerkennen sind.

Veranstaltungsort: „Einblick ins Geheime – Die Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv“, auf dem Areal „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

Veranstalter: UOKG e.V. in Kooperation mit der BStU

Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Resolution

der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso)

Bei der Behandlung von Problemen bezüglich der Wiederherstellung der Eigentumsrechte von Personen, die aus Moldawien deportiert wurden, muß die Inter-Asso feststellen, daß die zentralen Behörden von Moldawien seit über fünfundsiebenzig Jahren die Rechte dieser Personen auf ihr durch das kommunistische totalitäre Besatzungsregime [...] konfisziertes, verstaatlichtes oder anderweitig beschlagnahmtes Eigentum ignorieren [...].

1. Der Zugang zu Archiven und Deportationsdokumenten ist außerordentlich schwierig. Es gibt keine zuständige Stelle, die die Materialien im Zusammenhang mit Deportationen speichern würde, es gibt mindestens vier Archive mit Akten zu Deportationen: das Nationalarchiv, die Generalstaatsanwaltschaft, das Innenministerium und der Nachrichten- und Sicherheitsdienst. Außerdem enthalten die Bezirksarchive ebenfalls Informationen über deportierte Personen. Unter diesen Umständen ist die Aufklärung der Wahrheit sehr schwierig. Darüber hinaus haben sich mehrere Historiker beschwert, daß ihnen der Zugang zu

den Akten über Deportationen aus Datenschutzgründen eingeschränkt wurde, weil diese persönliche Daten von Personen enthalten, die an den Deportationen mitgewirkt haben. Auch wenn die ersten Repressionen vor mehr als 77 Jahren stattgefunden haben und die Täter wahrscheinlich längst nicht mehr am Leben sind, verweigern noch heute staatliche Behörden oft die Akteneinsicht mit der Begründung, dadurch würden auch Informationen über KGB-Mitarbeiter oder andere Personen bekannt, die an Repressionsmaßnahmen mitgewirkt haben. Es sei darauf hingewiesen, daß es in Moldau kein Lustrationsgesetz, also kein Gesetz zur Entfernung von belasteten Mitarbeitern aus dem öffentlichen Dienst, gab oder gibt.

2. Die gesetzlichen Vorschriften zur Entschädigung der Repressionsopfer sind mangelhaft. So garantieren die Gesetze nicht das Recht auf Entschädigung für konfiszierte oder verstaatlichte Grundstücke. Die Gesetze sehen auch keine Entschädigung für immaterielle Schäden, für Morde, Deportationen und andere Formen der

Unterdrückung der friedlichen Bevölkerung vor. Die Deportierten müssen Jahre warten, bevor sie wenigstens teilweise Schadenersatz für die durch das Sowjetregime verursachten Schäden erhalten können.

3. Die Behörden haben noch immer kein Nationalmuseum für Opfer politischer Repressionen eingerichtet. Obwohl es in Chişinău ein Museum der sowjetischen Besatzung gibt, konnte es keine wirkliche nationale Bedeutung erlangen, weil es die Opfer der politischen Repression in Bessarabien nicht behandelt.

Die Inter-Asso hat deshalb auf ihrem XXIII. Kongreß im Juni 2018 die verantwortlichen Stellen einstimmig aufgefordert,

- den Zugang zu Archiven und Deportationsdokumenten erheblich zu vereinfachen,
- die Gesetze zur Entschädigung der Opfer von Deportationen schnell und wirksam zu verbessern, und zwar sowohl im Hinblick auf deren materielle als auch auf deren immaterielle Schäden und
- in dem Museum der sowjetischen Besatzung in Chişinău auch die Opfer der politischen Repressionen in Bessarabien zu behandeln. 

„No War No Vietnam“

Am 24. August 2018 wurde in der Galerie Nord des Kunstvereins Tiergarten in Berlin die Ausstellung „No War No Vietnam“ eröffnet – mit Arbeiten von mehr als dreißig vietnamesischen und deutschen Künstlern und Künstlerinnen, die sich mit dem Krieg in Vietnam und dem Jahr 1968 auseinandersetzen. Die Ausstellung war bis zum 6. Oktober zu sehen.

In der taz vom 27.8.2018 erschien ein Beitrag von Michael Freerix mit dem Titel „Der Normalität widersprechen“. Als in der Bundesrepublik lebender vietnamesischer Flüchtling las ich mit großem Interesse seine Frage: „'No War No Vietnam' klingt als Motto für die Ausstellung zunächst recht provokativ. Aber was ist dran an der These, daß es ohne Krieg kein Vietnam gäbe? Wäre Vietnam in der westlichen Welt überhaupt wahrgenommen worden?“

Meine Heimat wurde weltberühmt durch drei Kriege in vierzig Jahren mit drei Millionen jungen Toten: der erste Krieg gegen die Franzosen acht Jahre (1946–1954); der zweite Krieg gegen den Westen (USA und Alliierte) zwanzig Jahre (1955–1975); der dritte Krieg gegen China und gegen Kambodscha vierzehn Jahre (1975–1989). Es stimmt, daß der Name Vietnam ohne Kriege kaum der Menschheit bekannt wäre. Jedoch kann kein Vietnameser stolz sein auf einen so grausamen Ruf. Von vierzehn ehemaligen Kolonien und bzw. oder Protektoraten hat nur Vietnam drei Kriege geführt, weil die Kommunisten so kriegsbereit und fanatisch waren. Tatsächlich wurden:

1946 unabhängig ohne Krieg die Philippinen (von den USA), Syrien und Libanon (von Frankreich); 1947 unabhängig ohne Krieg Indien und Pakistan (von England);

1948 unabhängig ohne Krieg Burma, Ceylon und Palästina (von England); 1949 unabhängig ohne Krieg Indonesien (von Holland); 1957 unabhängig ohne Krieg Malaysia (von England); 1959 unabhängig ohne Krieg Singapur (von England).

Andere Länder (Algerien, Marokko, Tunesien) wurden ebenfalls unabhängig entweder ohne Krieg oder nach einem nur kurzen Krieg, jedoch ohne Unterstützung des kommunistischen Blocks. Vietnam ist das einzige Land, das unter der Sponsorenschaft der Sowjetunion und des kommunistischen Chinas die Kriege führte. Insbesondere hat die Nationale Befreiungsfront von Algerien die Unterstützung des kommunistischen Blocks abgelehnt, und deshalb hat Algerien nur einen einzigen Krieg erlebt und nicht drei Kriege wie das am Ende grausig berühmte Vietnam.

Tran Van Tich

Der Traum von Prag

Die Strahlkraft des Prager Frühlings in Europa

Von Wolfgang Templin

Nimmt man historische Jubiläen in den Blick, welche dieses Jahr bestimmen, ragen die Zahlen 1918 und 1968 heraus. Das Ende des Ersten Weltkrieges im November 1918 sieht kaum noch Zeitgenos-

Gomulka-Regimes und die nachfolgende antisemitische Verfolgungskampagne gerichtet.

Umgekehrt ist es mit dem östlichen Blick, den Rück Erinnerungen aus Ostberlin, Warschau und Prag. Es lohnt sich, diesen Blick zu verfolgen und noch einmal den Traum des Prager Frühlings vor Augen zu führen. Illusion und Scheitern stehen hier im Vordergrund, dennoch gibt es Momente, welche sich mit den Befreiungssituationen von 1989 verbinden und über sie hinausreichen.

Der zwangsläufig gescheiterte Versuch, Reformpotentiale aus dem Innern der kommunistischen Systeme freizusetzen, drückt die damit verbundenen Illusionen aus und markiert ein Scheitern. Der Traum von Prag trug und trägt aber mehr in sich. Es geht um die Verbindung von Freiheit, Selbstbestimmung und den Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.

Warschau und Prag

Auslöser der Warschauer Studentenproteste im März 1968 wurde die Absetzung des Stückes „Die Totenfeier“ des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz vom Spielplan des Warschauer Nationaltheaters. Die abgesetzte Inszenierung hatte bei vorangegangenen Aufführungen stehende Ovationen ausgelöst. In ihr wurde das Schicksal polnischer Revolutionäre unter der Teilungssituation und der zaristischen Knute im 19. Jahrhundert zum Protest gegen die Rolle Volkspolens als Teil des sowjetischen Machtgefüges.

Im Jahre 1956 hatten sich Hoffnungen geregt. Die Arbeiterproteste in Posen, die unter der Losung „Für Brot und Freiheit“ standen, hatten Opfer gefordert. Sie erschütterten das System jedoch wirkungsvoll. In Ungarn wurde der Freiheitsaufstand im November und Dezember 1956 blutig niedergeschlagen. Für Polen, unter dem vor einigen Jahren selbst inhaftierten Władysław Gomułka, gab es

Momente kultureller und gesellschaftlicher Liberalisierung. Die sogenannte Tauwetterperiode brach an. Warum sollten sich minimale Freiheitsspielräume nicht erweitern lassen, Reformanhänger innerhalb und außerhalb der Partei zusammenkommen und einen allmählichen Systemwandel zustande bringen?

Einige Jahre später wurden die Grenzen möglicher Veränderungen deutlich.

Intellektuelle wie der Philosoph Leszek Kołakowski, der vor Jahren selbst glühender Kommunist, den Marxismus als Philosophie der Freiheit interpretierte, wurden von führenden Ideologen als Revisionisten verurteilt und bedrängt. Die Warschauer Universität galt als Hort der Revisionisten und ihrer Anhänger, hier häuften sich ab Anfang der sechziger Jahre die Parteiverfahren, Relegierungen und Repressionen.

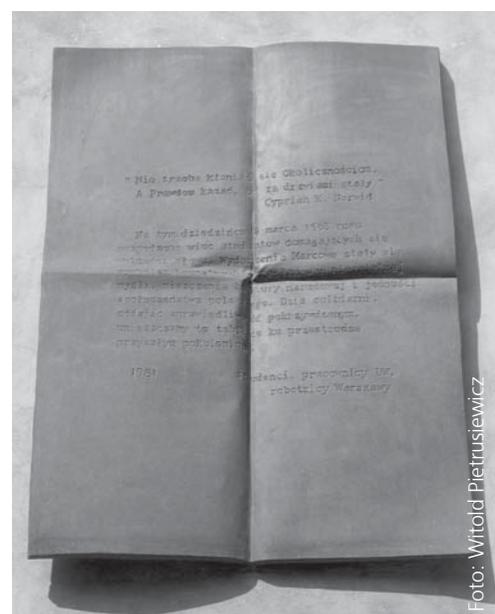
Der Theaterkonflikt befeuerte im März Studentenproteste, in welchen die Wiedereinstellung der gemäßregelten Studenten und Professoren gefordert und darüber hinaus ökonomische und politische Reformen eingeklagt wurden. Einzelnen Reformanhängern in der Polnischen (Kommunistischen) Arbeiterpartei PVAP standen der Parteichef Gomułka und eine große Mehrheit von Altstalinisten gegenüber. Trotz innerer Fraktionskämpfe waren sie sich in ihrem Beharren auf dem Machtmonopol der Partei einig. Die Studenten wurden als Hooligans und asoziale Elemente verurteilt, es kam zu Polizeieinsätzen und Überfällen von als „Arbeiterkampftruppen“ getarnten Schlägerbanden auf die Demonstranten.



Denkmal des Posener Arbeiteraufstands 1956. Es wurde 1981, noch während der kommunistischen Ära, der Regierung abgetrotzt.

sen und beschäftigt vor allem die Historiker. Noch einmal werden die Fragen nach der Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges, den Kriegsausgang und seine Folgen gestellt. Polen begeht den hundertsten Jahrestag der Wiedererringung seiner Eigenstaatlichkeit, würdigt die Akteure, denen es gelang, einen souveränen Staat auf die Landkarte Nachkriegseuropas zu setzen und zwanzig Jahre lang zu erhalten.

Beim Rückblick auf 1968 vermischen sich die Erinnerungen von Zeitzeugen und Beteiligten, der westliche und der östliche Blick. Für den westlichen Blick stehen die Pariser Studentenproteste und die ersten Höhepunkte der bundesdeutschen Studentenbewegung im Mittelpunkt. Die Erinnerung an den Prager Frühling und die Panzer in Prag ist vorhanden, nimmt aber keinen entscheidenden Raum ein. Noch weniger Aufmerksamkeit ist auf die Proteste der Warschauer Studenten im März 1968, die repressive Antwort des



Gedenktafel an der Warschauer Universität zur Erinnerung an die Studentenproteste 1968.

Verhaftungen und weitere Relegierungen waren die Antwort auf die friedlichen Proteste an der Warschauer Universität.

Höhepunkt der Verfolgungskampagne war eine Verfolgungswelle gegen jüdische Intellektuelle, die einige Zehntausend von ihnen aus dem Land trieb. Sie wurde unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Zionismus und Kosmopolitismus geführt. Traditioneller polnischer Antisemitismus, der sich aus rechtsnationalistischen und katholisch-klerikalen Quellen speiste, hatte in Volkspolen überdauert und wurde vom nationalistischen Flügel der polnischen Kommunisten ausgenutzt. Er diente sowohl zur innerparteilichen Abrechnung mit jüdischen Kommunisten, wie auch zur äußeren Abschreckung unabhängiger Geister.

Konfrontiert mit einem „linken“ Antisemitismus verstanden viele Betroffene die Welt nicht mehr. Für Polen markierte der März 1968 das Ende aller Hoffnungen auf einen Reformweg, unter Einbezug der Kommunistischen Partei. Die spätere Opposition sollte sich auf einer anderen Grundlage wiederfinden, als sie die kritischen Marxisten und Revisionisten der sechziger Jahre hatten.

In der ČSSR, bis in die sechziger Jahre hinein ein stalinistisches Musterland, regten sich die Reformkräfte innerhalb der Partei lange Zeit vor 1968. Forderungen nach einer kulturellen Liberalisierung, wie sie auf der berühmten Kafka-Konferenz von 1968 erhoben wurden, verbanden sich mit ökonomischen Konzepten einer sozialistischen Marktwirtschaft und Hoffnungen auf ein Mehr an gesellschaftlicher Demokratie. Zur Verkörperung des Prager Frühlings, der entscheidenden Reformmonate vor dem August 1968, wurde der Slowake Alexander Dubček, welcher im Januar 1968 den Altstalinisten Antonin Nowotny als ersten Sekretär der Kommunistischen Partei ablöste.

Die von oben nach unten und aus dem Innern der Partei gesteuerten Reformansätze bewirkten eine ungeheure Dynamik und setzten die ganze Gesellschaft in Bewegung. Klubs der Parteiloseren, Vereinigungen und Verbände schossen aus dem Boden, Forderungen nach freien Gewerkschaften wurden laut. In einem „Manifest der zweitausend Worte“, dessen Autor der Schriftsteller Ludvík Vaculík war, wurde ein Katalog von Forderungen für eine durchgreifende Demokratisierung entwickelt.

Der Prager Funke drohte auf den ganzen Ostblock überzuspringen, die anfangs zögerlichen Reformansätze den Händen ihrer Initiatoren zu entgleiten. Die sowjetische Führung unter Leonid Breschnew intervenierte immer heftiger, sekundiert von Ostblock-Hardlinern wie Walter Ulbricht. Den Prager Reformern konnte kein Erfolg beschieden sein, selbst mit noch vorsichtigerer Regie und stärkerer Selbstbegrenzung. Der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 war der Schlußpunkt unter dem Versuch, einem auf Unfreiheit begründeten System den Atem der Freiheit einzuhauchen.

Ein Land wie die DDR, auf der einen Seite der Musterknabe für das gesamte System, auf der anderen Seite der stets gefährdete Außenposten, erlebte den Prager Frühling auf besondere Weise. An wirkliche Reformkräfte war hier nicht zu denken, bereits in den fünfziger Jahren hatte Walter Ulbricht alle potentiellen Konkurrenten aus dem Wege geräumt und die Partei immer stärker gleichgeschaltet. Wer das Land nicht vor dem August 1961 verließ, paßte sich an oder richtete sich in der inneren Emigration ein.

Dennoch hinterließen die Warschauer Ereignisse, der Prager Frühling, aber auch 1968 West ihre Spuren, welche der Historiker Stefan Wolle in seinem 2008 erschienenen Buch „der Traum von der Revolte“ eindrucksvoll beschreibt. Er zeigt, wie in ganz verschiedenen Teilen der DDR-Bevölkerung ein Hoffnungsfunkel aufglomm, der nicht zu eigener Bewegung oder Beteiligung führte, sondern tatsächlich eher Traumcharakter hatte: „Die Sympathie für den Prager Reformkurs war wie die Anziehungskraft der antiautoritären Revolte im Westen, nicht unbedingt von großen Theorien gespeist, sondern weit mehr von der Sehnsucht nach einem kleinen bißchen Luft zum Atmen. Endlich öffnete sich das Fenster, wenigstens einen Spalt breit, und es wehte ein leiser Hauch von Freiheit durch die Stickluft des Mauerstaates. Am 21. August 1968 wurde dieses Fenster zugeschlagen. An diesem Tag flossen viele Tränen.“

Neben den Tränen, der Wut und Verzweiflung gab es auch einzelne Aktionen des Protestes, gab es Flugblätter, Aufschriften auf Mauern und Menschenschlangen vor der Botschaft der ČSSR in Ostberlin, um dort die Solidarität mit den Prager Reformern und den Opfern der Okkupation auszudrücken.



Foto: National Archives

Alexander Dubček im September 1968.

Wurden schon diese Proteste kaum bekannt und schnell wieder verdrängt, so gerieten die Reaktionen in anderen Ländern des Ostblocks und der Sowjetunion selbst noch stärker in Vergessenheit.

Ende August 1968, zur gleichen Zeit, als Alexander Dubček Zwangsgast im Kreml war, versammelte sich auf dem Roten Platz in Moskau eine Handvoll Menschen. Sie entrollten Transparente: „Hände weg von der Tschechoslowakei – Schande den Besetzern“. In diesen Momenten und auf diesem Platz standen sie, selbst wenn man sie einige Minuten später wegzerterte und verhaftete, für die Ehre eines ganzen Landes, für ein anderes demokratisches Rußland. Die Beteiligten an dieser Aktion – vom sowjetischen KGB als „schmutzige Juden“ und „Volksfeinde“ diffamiert – waren Wegbereiter der russischen Bürgerrechtsbewegung der siebziger und achtziger Jahre.

Für die östliche Erinnerung an 1968 waren die nachfolgenden Jahre deprimierend. Die Reformen um Dubček kapitulierten auf Raten, um ihren vermeintlichen Handlungsspielraum zu retten. Sie stellten sich nicht an die Spitze der



Foto: Szilas

Demonstration in Helsinki gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in der ČSSR.



August-Streiks in der Danziger Leninwerft 1980.

gewaltlosen Protestbewegung im Lande, die noch Monate nach dem Einmarsch der Okkupanten anhielt, sondern suchten den Anschein zu erwecken, daß Kompromisse mit der Moskauer Seite möglich seien. Als die Studenten und Einwohner Prags ein Jahr nach der Okkupation erneut auf die Straße gingen, sahen sie sich nicht den russischen Panzern, sondern den eigenen Ordnungskräften gegenüber. Mit den Worten „Dubček, Dubček“ auf den Lippen, wurden sie von Polizisten niedergeknüppelt, die dem Befehl Dubčeks unterstanden. Was folgte, waren die bleiernen Jahre von Prag.

Neue Anläufe

Manifeste und Texte, Aktionen einer neuen Welle der Opposition ab Mitte der siebziger Jahre zeigten den wachsenden Abstand, ein anderes Vorgehen, andere Strategien.

Im polnischen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), der tschechischen „Charta 77“ und der ungarischen demokratischen Opposition waren zahlreiche Akteure von 1968 präsent, die den Horizont des Reformdenkens zumeist schon verlassen hatten. In den Oppositionsgruppen trafen Ex-Kommunisten, Christen, Liberale und Konservative zusammen. Sie wußten sich in der Verteidigung von Menschen- und Bürgerrechten und der Solidarität für Verfolgte zusammengedrängt, erklärten lange Zeit vor 1989 ihre Zugehörigkeit zu einem Europa der Freiheit und Demokratie.

Im Sommer 1980 entstand in Polen die unabhängige Gewerkschaft Solidarność, aus der binnen weniger Wochen und Monate eine millionenfache politische Massenbewegung erwuchs. Der Anfang vom Ende der kommunistischen Systeme des

erneuten Okkupation noch die Ausrufung des Kriegszustandes im Dezember 1981 konnten die Entwicklung dauerhaft aufhalten, die Erosion der Machtssysteme in Polen, Ungarn und der DDR stoppen.

Michail Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestrojka war der Versuch, ein System zu retten, daß vor dem Untergang stand. Sein Verdienst liegt darin, im Jahre 1989 den Einsatz von Waffen verhindert zu haben. Das galt allerdings nicht für die Demonstranten auf den Straßen von Vilnius und Tbilissi.

In einem Buch über das Europa des 20. Jahrhundert kam der englische Historiker Mark Mazower zu dem Schluß, daß die Freiheit zwar das Ergebnis des Umsturzes von 1989 gewesen sei, das Verlangen danach aber nicht seine Ursache. Der wirkliche Sieger von 1989 sei nicht die Demokratie, sondern der Kapitalismus gewesen. Hier irrte der Historiker gründlich.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft waren für die ihrer Freiheit be-

raubten Menschen im Ostblock anziehend als Demokratien und zugleich ein Wohlstandsmagnet. Ein Wohlstand, der die breiten Massen einschloß und den Kapitalismus pur sozialstaatlich bändigte. Die Sehnsucht nach Freiheit richtete sich auf ein besseres Miteinander, nicht darauf, das Recht des Stärkeren endlich voll zur Geltung zu bringen.

Rund drei Jahrzehnte nach den friedlichen Befreiungsrevolutionen von 1989 wird jeder Skeptiker auf den problematischen Zustand der Europäischen Union, das Wiederaufleben von nationalistischen und populistischen Kräften, die akute Gefährdung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gewaltenteilung in zahlreichen mittelosteuropäischen Reformstaaten verweisen. Sozialstaatliche Kompromisse, welche die Schere zwischen Arm und Reich verringern, Freiheit und soziale Sicherheit miteinander verbinden, scheinen wenigen Wohlstandsstaaten vorbehalten. Von Vertretern eines marktradikalen Modells wurden sie immer in Frage gestellt.

Werden neue Jubiläen eine zerfallende, handlungsunfähige Europäische Union zeigen? Werden sechzig Jahre nach dem Traum von Prag die Prinzipien europäischer Solidarität erloschen sein, werden sich die Spielregeln autoritärer und diktatorischer Mächte, außerhalb der Europäischen Union nach vorn schieben? Wird das Erbe von Donald Trump, Wladimir Putin, Viktor Orban und Jarosław Kaczyński prägend sein?

Oder wird sich Europa auf seine Leistungen und Erfolge, auf seine ungebrochene Integrationskraft besinnen? Auf Maßstäbe, Prinzipien und Werte, in die auch der Traum von Prag eingeht. 



November 1989 auf dem Wenzelsplatz in Prag.

„Deutsche Teilung und kommunistische Diktatur sind gesamtdeutsche Themen“

Ein Gespräch mit Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, anlässlich des 20jährigen Bestehens der Stiftung

stacheldraht: Eine Stiftung für die Opfer und Verfolgten des Kommunismus wurde schon Jahre vor der Errichtung von vielen Betroffenen und ihren Verbänden gefordert, zunächst ohne Erfolg. Wie kam es dann 1998 dazu?

Kaminsky: Die erste Institution, die nach 1990 gegründet wurde, war die Stasi-Unterlagenbehörde, um diejenigen, die Opfer der Diktatur geworden sind, ein Stück Gewißheit über ihr Schicksal wiederzugeben. Aber sehr schnell hat sich die Diskussion fast nur noch auf das Stasi-Thema konzentriert. Es gibt unterschiedliche Interpretationen, warum die SED so schnell aus dem Blickfeld geraten ist. Bärbel Bohleys prägender Satz, wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat, drückt bis heute die enttäuschten Erwartungen der Opfer aus. In dieser Situation hat der Bundestag auf Initiative ostdeutscher Politiker, unter anderem unterstützt von Rita Süßmuth, die Enquetekommissionen eingesetzt. Die haben versucht, ein umfassendes Bild darüber herzustellen, was wir eigentlich über die Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR wissen. Die Diktatur-Erfahrungen der Menschen wurden eher in Nischen artikuliert. So kam es, daß auf Empfehlung der beiden Kommissionen der Bundestag 1998 beschlossen hat, die Beschäftigung mit der kommunistischen Diktatur dauerhaft zu sichern, und zwar über den Rahmen Staatssicherheit hinaus. Diese Institution sollte nicht nur eine Opfer-Stiftung sein, sondern vor allem die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung anregen, sie sollte zur Bildungsarbeit beitragen und die Wissenschaft fördern.

stacheldraht: Gert Poppe hat nach der Verabschiedung des Stiftungsgesetzes im „stacheldraht“ 1998 prophetisch geäußert: „Dennoch habe ich keinen Zweifel, daß über kurz oder lang von den zu Fördernden eine Menge Unmut auf der neuen Stiftung abgeladen wird, das ist das Schicksal jeder von der ‚offiziellen‘ Politik eingerichteten Institution.“ Sie sind zunächst nicht davon verschont geblieben. Wie hat sich das Phänomen inzwischen entwickelt?

Kaminsky: Die hohen Erwartungen, aber auch die Frustration, die uns zunächst entgegengebracht wurden, waren zum Teil wirklich erschreckend. Es war von Anfang an klar, daß die Planungen für die Stiftung an der Realität vorbeigegangen sind. Man hatte mit jährlich 60 bis 70 Anträgen gerechnet, innerhalb kürzester Zeit waren es 200. Die Finanzen sind aber nicht aufgestockt worden. Bis heute kann die Stiftung das Interesse, das besteht, nicht befriedigen. Die ersten Jahre waren wirklich ein großer Kampf um Akzeptanz. Wir haben versucht, so transparent wie möglich immer wieder zu erklären, was wir machen, wo und warum unsere Grenzen sind, warum und wie wir bestimmte Entscheidungen treffen und auch, was ein Projektantrag überhaupt ist. Die handschriftliche Mitteilung, „Ich beantrage 40000 DM, um ein Projekt durchzuführen. Hier ist meine Kontonummer“, ist es eben nicht. Wir werden auch heute noch kritisiert, das gehört dazu. Aber mir scheint, die Verbände haben gemerkt, daß wir ein verlässlicher Ansprechpartner für sie sind und zugleich auch ihre Interessen im politischen Raum unterstützen.

stacheldraht: In den ersten Jahren hat der Name der Stiftung bei manchen Menschen Ablehnung ausgelöst. Daß die DDR eine Diktatur war, ist inzwischen weitgehend Konsens. Aber die Stiftung ist mittlerweile in ihrem Ansatz darüber hinausgegangen und hat das Thema Kommunismus in den Focus gerückt. Warum schien Ihnen das notwendig?

Kaminsky: Der Begriff „SED-Diktatur“ war 1998 offensichtlich der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich bei der Namensgebung für die Stiftung einigen konnte. Und selbst dieser Kompromiß hat uns damals viele Anfeindungen eingetragen. Ich erinnere mich an viele Diskussionen, auch mit Vertretern anderer Einrichtungen der politischen Bildung, in denen es um das Wort „Diktatur“ ging. Die DDR sei doch gar keine richtige Diktatur gewesen. Dann wurde der Nationalsozialismus dagegen gehalten. Wir haben immer gesagt, ja, beides waren Diktaturen. Sehr schnell ist uns aufgefallen, daß niemand auf den naheliegenden

Gedanken kam, die DDR als das zu benennen, was sie war, nämlich eine kommunistische Diktatur. Gegen diese Herauslösung aus dem kommunistischen Block gehen wir seit etlichen Jahren an. Die SED hatte hier die Macht, aber sie verstand sich als kommunistische Partei, und die DDR hatte alle Wesensmerkmale einer kommunistischen Herrschaft und einer kommunistischen Diktatur. Im Ausland versteht niemand „SED-Diktatur“, dort werden wir gefragt, was das ist. Und in Rußland oder in der tschechischen Republik käme niemand auf die Idee, von der KPdSU-Diktatur oder der KPČ-Diktatur zu sprechen. Nein, das waren kommunistische Diktaturen.

stacheldraht: Wie kommt es, daß das Interesse der nach 1990 Geborenen laut mehreren Umfragen am Thema DDR groß ist, das Wissen darüber jedoch meist gering?

Kaminsky: In den 90er Jahren ist das Thema in den Schulen kaum vorgekommen. Viele Lehrer waren noch aus der DDR-Zeit. Und alle Befunde aus den 1990er und 2000er Jahren zeigen, daß der Geschichtsunterricht mit dem Jahr 1945 endete. Natürlich geben die Lehrpläne den einzelnen Lehrern die Möglichkeit, Themen auszuweichen, die sie für weniger wichtig halten. Aber es hängt auch davon ab, was in den Prüfungen vorkommt. Lehrer bereiten ihre Schüler vor allem auf Themen vor, die prüfungsrelevant sind. Dabei hat sich in den letzten Jahren jedoch einiges getan, die deutsche Nachkriegsgeschichte ist in vielen Bundesländern Teil der Prüfungen geworden. Das betrifft allerdings vor allem weiterführende Schulen. Wer nach der 10. Klasse abgeht, ist mit dem Thema oft nicht in Berührung gekommen. Uns wurde



Anna Kaminsky: „Die ersten Jahre waren wirklich ein großer Kampf um Akzeptanz.“





Fotos: N. Radlitz

Kaminsky: „Es betrifft auch den Westen.“

häufig gesagt, daß es niemanden interessiert. Unsere Erfahrungen sind aber ganz andere. Wenn wir Schulklassen hier in der Stiftung haben, sind sie geradezu elektrisiert von der Materie. Und viele erzählen, daß sie bisher nichts davon wußten. Das Interesse ist auf jeden Fall da.

stacheldraht: Wie sieht für die nächsten Jahre die finanzielle Zukunft der Stiftung aus?

Kaminsky: Wir verfügen über die Mittel, mit denen wir pro Jahr 100, 120 Projekte finanzieren können. Aber das ist, darauf machen wir seit 20 Jahren aufmerksam, unzureichend. Mittlerweile erhalten wir jedes Jahr um die 250 Anträge, ohne daß wir Werbung für unsere Projektmittel machen. Wir sehen den Bedarf und auch die Notwendigkeit, viel mehr zu machen. Es ist die Stärke der Stiftung, regionale und dezentrale Vorhaben zu unterstützen und die Zivilgesellschaft zu stärken. Wir sind natürlich sehr dankbar, daß uns der Bundestag jährlich zusätzliche Mittel gibt. Aber viele Dinge, die erforderlich sind, um das Thema zu stärken, um die Auseinandersetzungen mit Fragen von Demokratie und Diktatur, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, zu unterstützen und auf Dauer zu stellen, können wir nicht machen. Wir brauchen einfach mehr

Kaminsky: Zuerst einmal mußten wir vermitteln, daß die DDR und Osteuropa unter kommunistischer Herrschaft mit einem totalitären Anspruch standen. 2004 kam die Osterweiterung der Europäischen Union. Bis dahin spielte Osteuropa im westlichen Europa kaum eine Rolle. Das Desinteresse daran, gleichzeitig aber die Bereitschaft, was in Osteuropa passiert zu be- und verurteilen, hat mich manchmal fassungslos gemacht. Laut Stiftungsgesetz sind wir auch für die vergleichende Diktaturaufarbeitung zuständig. Deshalb haben wir immer wieder versucht, das Wissen über kommunistische Diktaturen auch im Westen zu verbreiten. Denn es betrifft auch den Westen. Der Hitler-Stalin-Pakt, dieses Stillhalteabkommen mit Stalin, hat es Hitler ermöglicht, auch in Westeuropa einzufallen. Aber es gab weder das Wissen noch die Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen. Erst 2004 ist das Thema der vormals kommunistisch beherrschten Länder Osteuropas auf der Agenda erschienen. Wir haben vor kurzem ein Buch herausgebracht, „Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktaturen“, das soll mit kurzen Beiträgen auch noch einmal deutlich machen, was kommunistische Herrschaft eigentlich heißt.

Die innere Einheit Deutschlands ist in erster Linie eine Aufgabe der Politik. Wir können Prozesse erklären, Diskussionsformate anbieten, und wir können Angebote zur Auseinandersetzung mit bestimmten Themen machen. Die gesellschaftliche und politische Realität können wir natürlich nicht ändern. Für uns heißt, die innere Einheit zu festigen, daß wir mit unseren Mitteln dafür werben, ge-

Mittel, um das gestiegene Interesse dauerhaft befriedigen und neue Impulse setzen zu können.

stacheldraht: Im Errichtungsgesetz wird als Zweck der Stiftung u.a. genannt, „den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen“. Das ist ein hoher Anspruch. Wie fördern und festigen Sie derzeit?

samtdeutsch zu denken, und vermitteln, daß die deutsche Teilung und auch die kommunistische Diktatur und deren Folgen gesamtdeutsche Themen sind. Vier Millionen Flüchtlinge aus der DDR sind in den Westen gekommen mit ihren Geschichten, ihren Erfahrungen. Und viele sind damit in der alten Bundesrepublik der 70er und 80er Jahre auf Desinteresse gestoßen. Auch das gehört dazu, anzuerkennen, daß wir unterschiedliche Erfahrungshintergründe haben. Wir versuchen deutlich zu machen, daß es übergreifende Fragen gibt. Fragen von Demokratie, Rechtsstaat, Wertebasiertheit, aber auch die Kenntnis voneinander und das Interesse aneinander.

stacheldraht: Mit der langsamen Abnahme der Zahl noch lebender Zeitzeugen verändern sich die Formen der Aufarbeitung zwangsläufig. Wie ist die Stiftung darauf vorbereitet?

Kaminsky: Diktatur-Zeitzeugen der DDR stehen noch ein paar Jahrzehnte zur Verfügung. Diejenigen, die nicht mehr zur Verfügung stehen werden, sind die unmittelbaren Nachkriegsopfer. Da führen wir viele Zeitzeugeninterviews, halten sie in Ton und Bild fest, aber das wird nie den Eindruck ersetzen können, den eine Person unmittelbar hinterläßt. Ein Film ist immer noch etwas anderes als die Begegnung mit einem Menschen, mit dem man sich unterhalten kann, wo man miterleben kann, wie die Ereignisse teilweise noch 50, 60 Jahre später auf ihn wirken.

stacheldraht: Also muß man den Verlust einfach anerkennen?

Kaminsky: Ja, den muß man anerkennen. Es ist immer ein Verlust, wenn ein Mensch nicht mehr da ist. Es hat keinen Zweck, so zu tun, als ob man das gleichwertig ersetzen könnte. Wir können diesen Verlust nur durch verschiedene Medien mildern.

stacheldraht: Die ersten Jahre der Stiftung waren turbulent. Ihr Vorgänger im Amt, Wolfgang Kusior, antwortete in einem Interview mit dem „stacheldraht“ 1999 auf die Frage, was er montags auf dem Weg zum Schreibtisch denkt: „Fürchtet euch nicht!“ Was denken Sie am Montag morgen?

Kaminsky: Packen wir's an!

stacheldraht: Vielen Dank, Frau Dr. Kaminsky.

„Tschechistische Entwicklungshilfe“

Die Stasi in Sansibar, Mosambik und Nicaragua

Vortrag v. Anna Warda, ZZf Potsdam

Donnerstag, 22. November 2018, 18.00 Uhr

Ort: Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

Die Mauerstücke am Deutschen Eck

Das Deutsche Eck in Koblenz ist ein Touristenmagnet erster Größenordnung. Das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. besitzt eine besondere Bedeutung für die Einheit Deutschlands, weil es durch die Umwidmung seines Sockels zum „Mahnmal der Deutschen Einheit“ im Jahr 1953 der politischen Entwicklung angepaßt wurde. Dies wurde verdeutlicht durch die Wappen aller deutschen Länder und der ehemaligen Ostgebiete, die man damals noch als Teil Deutschlands betrachtete. Die Wiedervereinigung war politisches Ziel, das hier ausgedrückt wurde.

Nach 1990 trat diese Aussage des Deutschen Ecks in den Hintergrund, denn die Einheit war ausgehend von der Friedlichen Revolution in der DDR vollendet worden. Logischer Schluß nach der Wiedererrichtung des Reiterstandbildes 1993 war, die vollendete Einheit in der Nähe des Deutschen Ecks zu symbolisieren. Das Denkmal war bei den Einheitsfeiern im Jahr 1990 durch drei originale Mauersegmente ergänzt worden, welche die Inschriften „Den Opfern der Teilung“, „17. Juni 1953“ und „9. November 1989“ tragen.

Die Mauerstücke, die aus Berlin hierher verbracht worden sind, runden das Gesamt Denkmal Deutsches Eck im Spiegel seiner und der politischen Entwicklung ab. Sie sind damit untrennbarer Bestandteil des Denkmals am Deutschen Eck geworden und für seine Aussage als Mahnmal der Teilung und Wiedervereinigung unverzichtbar.

Jedoch wirken die Inschriften auf dem großen Gelände des Deutschen Ecks aus dem Kontext gerissen. Sie müssen kommentiert werden, um dem gesamten Ensemble eine neue, aktuelle Bedeutung zu geben. Deshalb sollen die drei dicht beieinanderstehenden Mauersegmente mit kommentierenden Leseplatten versehen werden.

Schon zum 25. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2014 wollten mein Mann Thomas Schlegel (ehemaliger politischer Gefangener in Cottbus) und ich (ehemalige politische Gefangene in Hoheneck) die Reststücke der Berliner Mauer als kunstvoll gestaltete Elemente der Stadt Koblenz neu übergeben. Ein Denkmal ist mehr als ein Bauwerk aus Stein, Holz oder Beton. Da die Steine in Koblenz lediglich mit einer Kupfertafel bestückt sind, wollten wir, daß sie kommentiert werden.

Mehr Besucher würden so auf die Steine aufmerksam. Sie sollten zu einem lebendigen Zeitzeugnis gemacht werden. Die drei Mauerreste sind Zeugnisse unserer Geschichte, und unsere Aufgabe ist es, sie zu erhalten, zu pflegen und mehr Aufmerksamkeit auf sie zu lenken.

Wichtigste Zielgruppe sind Touristen und Spaziergänger der Stadt. Das Deutsche Eck wird täglich von Hunderten von Touristen besucht. Zu besonderen Feierlichkeiten, etwa wenn das Land Rheinland-Pfalz wieder den Tag der Deutschen Einheit auszurichten hat, sollten die Mauersegmente eine eigenständige Rolle spielen. Denkbar ist aber auch ein Anknüpfungspunkt im Bereich der politischen Bildung für Schülerinnen und Schüler.

Die Leseplatte erweitern die drei Inschriften „Den Opfern der Teilung“, „17. Juni 1953“ und „9. November 1989“ um detaillierte Informationen und nehmen sie zum Anlaß, um weitergehende Reflexionen anzuregen.

Den Opfern der Teilung: Der historische Teil soll über die Entstehung und den menschenverachtenden Charakter der innerdeutschen Grenzanlagen und ihre Opfer informieren. Dabei sollen nicht nur die Mauertoten thematisiert werden, sondern auch diejenigen Menschen, die nach mißlungenen Fluchten jahrelang hinter Gefängnismauern verschwanden, deren Kinder in Heime verbracht oder zur Adoption freigegeben wurden. Genannt sollen auch diejenigen werden, die nach einem Ausreiseantrag jahrelange Repressalien zu erleiden hatten.

17. Juni 1953: Ausgehend von Basisinformationen zum 17. Juni 1953 wird über Widerstand in der DDR gegen die SED-Diktatur berichtet. Zum Widerstand gehörten auch Demonstrationen des „Weißen Kreises“ in Jena, die sich öffentlich für das Recht auf Ausreise einsetzten und dafür unmenschliche Repressionen zu erleiden hatten.

9. November 1989: Die gesamte Geschichte des Ostblocks hindurch gab

es Protest und Widerstand, der teilweise tödlich endete. Zu erinnern ist beispielsweise an den frühen Widerstand des „Eisenberger Kreises“ oder an die Opposition in Jena seit den 1970er Jahren, die in den 1980er Jahren zu DDR-weiten Netzwerken von Bürgerrechtlern zusammenwuchs. Im Herbst 1989 kulminierte der Widerstand in öffentlichen Protesten, die weit über Leipzig hinausgingen. Ohne diesen flächendeckenden öffentlichen Protest hätte der Fall der Mauer kaum in dieser Weise stattgefunden.

Seit fast fünf Jahren arbeiten mein Mann und ich mit ehrenamtlichen Engagement und einer privaten Spende an diesem Projekt. Erst mit Hilfe und in Kooperation mit der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. sowie einer finanziellen Förderung durch die ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin a.D. Iris Gleicke, konnten die Schriftplatte geschaffen werden. Die Stadt Koblenz übernimmt kostenlos die Aufstellung der Tafeln. Ganz besonders möchte ich mich bei Dr. Christian Sachse (UOKG) bedanken.

Besonders stolz sind wir, daß es dann (laut Zeitzeugenbüro) den ersten Erinnerungsort an die SED-Diktatur in Rheinland-Pfalz gibt. Am **8. November 2018 ab 11.00 Uhr** werden die Schrifttafeln in Koblenz am Peter-Altmeier-Ufer am Deutschen Eck eingeweiht. Zur Eröffnung wird der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU), Roland Jahn, ein Grußwort sprechen.

Elke Schlegel

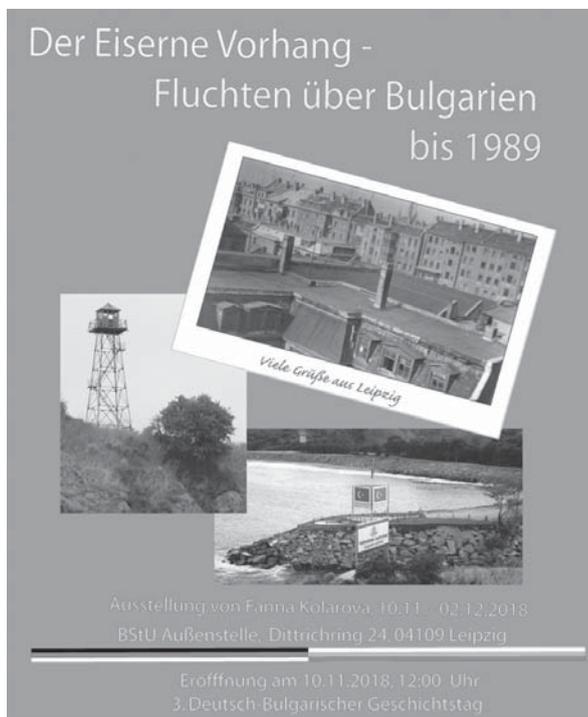


Drei Segmente der Berliner Mauer in Koblenz.

Vergessene Fluchten über Bulgarien

In der Zeit vom 10.11. bis 2.12.2018 wird in den Räumen der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit in Leipzig die Ausstellung „Der Eisenerne Vorhang – Fluchten über Bulgarien bis 1989“ gezeigt.

Die Ausstellung von Fanna Kolarova zeigt ein in Deutschland fast unbekanntes Kapitel zu Fluchten von Bürgern des ehemaligen Ostblocks über den sogenannten Eisernen Vorhang. Sie informiert über Fluchtmethoden und die Fluchtwege der Bürger der DDR, die nach August 1961 durch die bulgarischen Staatsgrenzen einen Weg in die freie Welt suchten und dies oft mit ihrem Leben bezahlen mußten.



Mit dem Eisernen Vorhang wurden die Außengrenzen der Länder des Warschauer Pakts bezeichnet, in Anlehnung an die Metallzäune, die an den Grenzen installiert worden waren. Es flüchteten Menschen aus Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechien, der Slowakei, Bulgarien und der DDR über diese Außengrenzen.

Auch viele Leipziger Bürger versuchten auf diesem Weg zu flüchten. So der Physiker Harald Fritsch, der 1968 mit einem Boot über das Schwarze Meer von Bulgarien in die Türkei floh. Stephan Welzk, engagiert in den Protesten gegen den Abriß der Leipziger Universitätskirche,

floh ebenfalls 1968 mit einem Boot in die Türkei.

Das Ehepaar Carla und Udo Beier wohnte in der Torgauer Straße in Leipzig, als es 1988 die Flucht über Bulgarien nach Jugoslawien wagte. Zuvor hatten beide jahrelang vergeblich auf die Ausreiseerlaubnis in den anderen Teil Deutschlands gewartet. Wenige Wochen vor ihrer erfolgreichen Flucht stellte Udo Beier noch Fotos von Abrißhäusern im Leipziger Stadtteil Ost in der Leipziger Lukaskirche aus. Der damalige Pfarrer der Lukas-Gemeinde, Christoph Wonneberger, hat die Ausstellung gefördert.

Für Ines und Andreas Lawrenz, die auf der gegenüberliegenden Straßenseite von Carla und Udo Beier wohnten, war die Flucht über Bulgarien nicht erfolgreich. Sie wurden wenige hundert Meter vor der Grenze zu Jugoslawien gefangengenommen. In den ersten Tagen der Haft in Bulgarien waren sie Folter ausgesetzt. In der Zelle brannte 24 Stunden das Licht. Sie durften tagsüber nicht auf der Liege schlafen, sondern mußten stehen. Einen Stuhl gab es in der Zelle nicht. Die Gefängniswärter flüsterten nur mit ihnen. Wenn der Ton lauter wurde, dann wurden sie geschlagen. Zu den Mahlzeiten gab es Weißbrot und ein Stück Schafskäse. Nach zwei Wochen in bulgarischer Haft wurden sie mit einer geheimen Sondermaschine der DDR-Fluglinie Interflug in die DDR ausgeflogen und anschließend zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haftstrafe kaufte die Bundesrepublik sie 1989 frei.

Bekannt ist auch die Geschichte Thomas von Grumbkows (geb. Müller) aus Leipzig-Mockau. Die Dokumentarfilmer Freya Klier und Bruno Richter zeigten sein Schicksal in der Dokumentation „Die Vergessenen – Tod, wo andere Urlaub machen“. Von Grumbkow wurde 21jährig bei der Flucht über die bulgarische Grenze in die Türkei angeschossen. Sein Leben konnte im Krankenhaus von Burgas gerettet werden, weil ein Bein amputiert wurde.

Viele Leipziger Bürger haben bei der Flucht über den Eisernen Vorhang ihr Leben verloren. Anton Frank wurde am 11.10.1970 in den Fluten der Donau in der bulgarischen Grenzstadt Vidin tot aufgefunden. Die Jugendlichen Andreas Stützer und Detlev Heiner sind im März

1980 bei ihrem Fluchtversuch über das Pirin-Gebirge nach Griechenland erschossen worden. Das letzte Maueropfer überhaupt war der Leipziger Jugendliche Michael Weber. Er wurde nur 19 Jahre alt, als er im Juli 1989 im bulgarischen Pirin-Gebirge auf der Flucht erschossen wurde; wenige Wochen, bevor Ungarn seinen Eisernen Vorhang nach Österreich zu demontieren begann.

Eine Aufarbeitung der Opfer des Eisernen Vorhangs hat es in Bulgarien bisher nicht gegeben. Viele Hinterbliebene wissen bis heute nicht, wo ihre Angehörigen gestorben sind und wo sie vergraben wurden. Einen Erinnerungsort für die Angehörigen der Opfer gibt es nicht.

Der Historiker Christoph Nehring eruierte bei Recherchen für seine Promotionsarbeit über die Zusammenarbeit der beiden Geheimdienste der DDR und Bulgariens, daß ein Ehepaar aus Leipzig 1981 zu IM ausgebildet wurde. Die IM Main und Elbe sollten als Agenten 1986 über die bulgarische Grenze in den Westen flüchten. Ziel des DDR-Geheimdienstes MfS war es, das Ehepaar in die Kreise geflüchteter DDR-Bürger in der Bundesrepublik einzuschleusen.

Im kommenden Jahr werden Erinnerungsveranstaltungen zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 in Leipzig stattfinden. Veranstaltungen über die Leipziger Opfer des Eisernen Vorhangs sind von der Stadt Leipzig aktuell nicht geplant. Es wäre schön, wenn die Stadt Leipzig dennoch ein Programm mit Filmvorführungen, Zeitzeugengesprächen und Lesungen auflegte und so auch an seine ehemaligen Einwohner, die Opfer des Eisernen Vorhangs wurden, erinnern würde.

Die Ausstellung „Der Eisenerne Vorhang – Fluchten über Bulgarien bis 1989“ wird am **10. November 2018** im Rahmen des 3. Deutsch-Bulgarischen Geschichtstages eröffnet und kann bis zum 2. Dezember 2018 in den Räumen der BStU-Außenstelle besichtigt werden. Der Eintritt ist frei.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur förderte die Ausstellung. Die Organisation erfolgt in Kooperation mit dem Deutsch-Bulgarischen Geschichtsverein „Pamet“ e.V., der Deutsch-Bulgarischen Elterninitiative „Jan Bibijan“ e.V., jeweils aus Münster/NRW, und dem Bürgerarchiv Leipzig.

Ulf Georgiew

Beratungsstelle „Gegenwind“ beging Jubiläum

Zahlreiche Besucher drängten sich am 29. August 2018 in den Räumen der Beratungsstelle „Gegenwind“ in der Bredowstraße 36 in Berlin-Moabit. Vielen war es ein Bedürfnis, ihre Glückwünsche zum 20jährigen Bestehen der Einrichtung persönlich zu überbringen. Gäste, wie Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, Beauftragter des Landes Berlin zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, und Benjamin Baumgart als Vertreter der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft brachten mit ihrer Anwesenheit auch die Wertschätzung zum Ausdruck, die die Beratungsstelle „Gegenwind“ für ihre Arbeit genießt.

„Gegenwind“, gegründet 1998 vom Diplom-Psychologen Stefan Trobisch-Lütge und vom Schriftsteller und DDR-Bürgerrechtler Jürgen Fuchs, hat sich ganz auf die Beratung und psychosoziale Betreu-

ung von politisch Traumatisierten der SED-Diktatur spezialisiert. Das Angebot der Einrichtung ist bundesweit einmalig. In Einzelgesprächen, Gruppensitzungen, in einer Malgruppe und beim traumasensiblen Yoga können Betroffene Hilfe bei der Verarbeitung ihrer traumatischen Erlebnisse, die sie z.B. in DDR-Haftanstalten, in Kinderheimen und Jugendwerkhöfen machen mußten, bekommen. Sie erhalten Hilfe beim Meistern ihres oft nach wie vor schwierigen Alltags, sei es im Umgang mit Behörden und Gutachtern, bei der Bewältigung von z.B. depressiven oder Angstsymptomen oder bei schwierigen Lebenssituationen, die aufgrund der Traumatisierung entstanden sind. Dabei stehen die Aktivierung im Rahmen der jeweiligen Ressourcen der Klienten und der Selbsthilfgedanke im Vordergrund. Viele Klienten schätzen die vertrauensvolle und wertschätzende Atmosphäre in der Beratungsstelle, die ein wichtiger Erfolgsfaktor der Arbeit der Therapeuten ist.

Aus Anlaß des Jubiläums wurden in den Räumen von „Gegenwind“ zwei Ausstellungen gezeigt, die sich mit den Folgen der politischen Traumatisierung befassen. Die Ergebnisse von mehreren Jahren der Auseinandersetzung mit politischer Verfolgung in einer Malgruppe wurden von betroffenen Frauen präsentiert. Eine zweite Ausstellung thematisierte den in der DDR vertuschten Skandal um einen verunreinigten Impfstoff („Anti-D-Immunprophylaxe“), der Tausenden Frauen verabreicht wurde und diesen teilweise schwere Schädigungen zufügte. Während der Feier wurde auch der Dokumentarfilm „Die Familie“ des Regisseurs Stefan Weinert aufgeführt, der das Leid der Angehörigen von Todesopfern an der Mauer und die Ungerechtigkeit bei der Verurteilung der Täter, die viel zu geringe Strafen erhielten, sehr einfühlsam dargestellt.

Jörg Plath

Petition übergeben

(bb) Am 11. September 2018 empfing der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Marian Wendt (CDU), Inge Bennewitz und verschiedene Vertreter der UOKG zur Übergabe der Petition mit dem Thema Zwangsaussiedlungen im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages (Petition s. Ausg. 5/2018, S. 7 ff.). Neben Marian Wendt nahmen auch die Petitionsausschußmitglieder Stefan Schwartze (SPD) und Manfred Todtenhausen (FDP)

an der Übergabe teil. Die UOKG wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden, Carla Ottmann, dem Vorstandsmitglied und selbst von Zwangsaussiedlung Betroffenen, Ernst-Otto Schönemann, sowie den Mitarbeitern Dr. Christian Fuchs und Benjamin Baumgart vertreten. Nach der Übergabe ließ sich Marian Wendt in seinem Büro noch über das Vertreibungsrecht der Zwangsaussiedlungen informieren.



(v.l.) Ernst-Otto Schönemann, Manfred Todtenhausen, Carla Ottmann, Steffen Schwartze, Inge Bennewitz, Marian Wendt, Benjamin Baumgart und Dr. Christian Fuchs.

Fachgespräch mit Parlamentariern

Am 12. September 2018 luden die Parteien SPD, Die Linke, Bündnis90/Die Grünen, FDP und CDU zu einem Fachgespräch ins Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Die Abgeordneten Dr. Clara West (SPD), Steffen Zillich (Die Linke), Andreas Otto (Bündnis 90/Die Grünen), Stefan Förster (FDP) und Dr. Robbin Juhnke (CDU) lieferten zunächst einen kurzen Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung der Parlamentsbeschlüsse zur Aufarbeitung. Schwerpunkte waren die Novelle des Landesbeauftragtengesetzes, die Planung eines Evaluationsberichtes zum Stand der Aufarbeitung, der Campus der Demokratie, die Keibelstraße, das Revolutionsjubi-

läum im nächsten Jahr, der Berlinpaß und die verschiedenen Bundesratsinitiativen.

Der Berliner Beauftragte für Aufarbeitung, Tom Sello, berichtete über sein erstes Jahr im Amt und erklärte, worin er seine drei Hauptaufgaben sehe. Beratung, Projektförderung und politische Bildung. Dabei liege ihm auch der Campus der Demokratie am Herzen. So teilte er mit, daß 1 000 000 Euro aus dem ehemaligen PMO-Vermögen (der „stacheldraht“ hat darüber berichtet) für das Gelände zur Verfügung gestellt worden sind. Dieses Geld solle für ein Informations- und Leitsystem, eine öffentliche Toilette und die Erarbeitung und Umsetzung eines

Beleuchtungssystems ausgegeben werden. Es wurden Stimmen laut, die vorgeschlagenen Arbeiten seien zwar sinnvoll, müßten aber doch bitte nicht durch ehemaliges PMO-Vermögen finanziert werden.

Die eingeladenen Vertreter und Vertreterinnen von Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen, Beratungsstellen und Gedenkstätten beteiligten sich rege an den Diskussionen und brachten ihre Erfahrungen und Erwartungen ein. Alles in allem ist diese von den Parteien ausgehende Diskussionsrunde sicherlich eine Bereicherung und sollte auch in Zukunft in regelmäßigen Abständen fortgeführt werden.

Benjamin Baumgart

UOKG-Ausstellung in Marienborn

Die Grenzübergangsstelle Marienborn war der größte und meistfrequentierte Grenzübergang an der Zonengrenze bzw. der deutsch-deutschen Grenze. Von den westlichen Alliierten wurde der Übergang Checkpoint Alpha genannt.

Ab 1972 errichtete die SED unweit der alten Kontrollbauten eine umfassende, 35 Hektar große Grenzkontrollstelle, die bis

Kfz-Sperren konnten aktiviert werden. Bis zu 1000 Grenzer, Zöllner und vor allem die Stasi führten die Kontrollen durch. Vom riesigen Tunnelsystem hatte nur ein kleiner Kreis Kenntnis – hochrangige Stasi-Leute und Grenzoffiziere. Kontrolliert wurde in den letzten Jahren der DDR auch durch technische Anlagen mit radioaktiver Strahlung, was sogar ein schwerer Verstoß gegen internationales Recht war.

An diesem historischen Ort ist nach der Maueröffnung die „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ entstanden. Sie ist nicht nur ein Museum, sondern ein Ort des Gedenkens, ein „offener Lernort“ und ein Zentrum der Begegnung. Das umfangreiche Bildungsangebot und kostenlose Führungen lohnen einen Besuch! Die temporäre UOKG-Ausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“ trägt mit zur Aufarbeitung bei, sie wurde am 13. August dieses Jahres dort eröffnet.

Als Gäste waren auch prominente Politiker erschienen: der Vizepräsident des Landtages von Niedersachsen, Frank Oesterhelweg, die Abgeordnete des Landtages von Niedersachsen, Veronika Koch, und der Leiter der Abteilung 4 (Verfassungsschutz) des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Jochen Hollmann.

Weitere Gäste waren Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Landau und deren Lehrer Uli Roos. Die UOKG vertrat ich als Vorstandsmitglied. Eine größere Anzahl diverser weiterer, sehr interessierter Gäste ergänzte die Teilnehmer.

Die Leiterin der Gedenkstätte, Dr. Anemarie Susan Baumgartl, eröffnete die Veranstaltung. Der Beauftragte der UOKG für die Ausstellung, Alexander Bauersfeld, hielt eine bewegende Eröffnungsrede zur Geschichte der kommunistischen Verbrechen und zu heutigen Fehlentwicklungen. Es wurde deutlich, daß es noch viele ungelöste Probleme bei der Aufarbeitung gibt, daß eine große Verantwortung auf den Politikern lastet und daß die gegenwärtige Entwicklung noch immer Opfer diskriminiert.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, daß die Politiker auch bei der Aufarbeitung umdenken. Statt vieler schöner Worte an Gedenktagen sollte endlich mehr für traumatisierte und bis heute psychisch leidende Opfer getan werden. Bescheidene Schritte, aber kaum einschneidende Hilfen sind nach wie vor die Realität. Oder wird doch auf die biologische Lösung gesetzt?

Ernst-Otto Schönemann



Alexander Bauersfeld vor einem Ausstellungsbanner.

zu den 1,5 Kilometer entfernten östlichen Hügeln reichte. Dazwischen wurden umfangreiche Grenzanlagen und Mauern entlang der Autobahntrasse A2 errichtet. Unter dem Gebiet wurde ein riesiges Tunnelnetz gegraben. Auch von einer hochgelegenen Überwachungsstelle wurde der Grenzverkehr kontrolliert. Schnelle

Dokumentiert

Liebe Leserinnen und Leser,

gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, meine herzlichsten Grüße aus der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf zu übersenden und dem Redaktionsteam Dank für seine hervorragende publizistische Arbeit zu sagen.

Sowohl in meiner Funktion als Beauftragter der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern als auch als Vorsitzender des NRW-Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Aussiedlerfragen begegne ich immer wieder Menschen in NRW, die unter der SED-Diktatur viel Leid erfahren haben. Einige von ihnen sind aus der ehemaligen DDR geflohen, andere konnten umsiedeln, wiederum andere wurden aus der Haft freigekauft, und viele von ihnen sind erst nach der Wende nach NRW gekommen. Einige von ihnen suchen auch das direkte Gespräch mit mir.

Ich nehme mich Ihrer Anliegen – im Rahmen meiner Möglichkeiten – gerne an. Manchmal höre ich auch einfach zu und trage, nach entsprechender Rückversicherung, das Gehörte weiter und nehme somit eine Art Lotsenfunktion wahr. Dabei ist es mir wichtig, insbesondere auch der jüngeren Generation in NRW mitzuteilen, wie der SED-Staat u.a. mit den Menschen verfahren ist, die sich nicht bedingungslos untergeordnet haben. Es ist wichtig, daß man auch diesen Teil der deutschen Geschichte kennt, um daraus Lehren zu ziehen. Dies sind wir – meiner festen Überzeugung nach – nicht nur den Opfern schuldig.

Ihre Informationszeitschrift richtet sich laut Editorial „vornehmlich an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, aber auch an Lehrer, Studenten, Politiker, Institutionen und andere an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur Interessierte“.

Mit ihren Beiträgen, Hintergrundinformationen und insbesondere mit der Veröffentlichung verschiedener geschichtlicher Dokumente trägt „Der Stacheldraht“ meines Erachtens in hervorragender Weise dazu bei, diesen Zielgruppen – und vielleicht auch darüber hinaus – die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen, die es ermöglichen, ein umfassendes Wissen über das Unrechtsregime der DDR zu erlangen. Ich ermutige Sie, nicht nachzulassen in Ihrem Tun und verspreche Ihnen, daß ich da, wo ich kann, helfen werde.



Es grüßt Sie
Heiko Hendriks

Beauftragter der nordrhein-westfälischen Landesregierung
für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und
Spätaussiedlern, Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW,
Haroldstr. 4, 40313 Düsseldorf, Tel. (02 11) 896-48 40,
E-Mail Heiko.Hendriks@mkw.nrw.de

UOKG-Kongreß „Vergessene Kinder? Die Nachkommen politisch Verfolgter“

Sonnabend, 3. November 2018

11.00 Uhr: Begrüßung durch Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender

11.15 Uhr: Einleitung in die Thematik
Konstanze Helber, UOKG-Vorstandsmitglied, Elke Schlegel, UOKG-Regionalbeauftragte Rheinland-Pfalz

11.30 Uhr: „Gesundheitliche Auswirkungen bei Nachkommen ehemals politisch Inhaftierter – Ergebnisse einer Studie“
Dr. Maya Böhm, Psychologin (angefragt)

12.15 Uhr „Formen der transgenerationalen Übertragung traumatischer Inhalte“

Prof. Heide Glaesmer, Psychologin, Psychotherapeutin

13.00–13.15 Uhr:
Diskussionmöglichkeit

13.15–14.00 Uhr:
Kaffee- und Imbißpause

14.00 Uhr: „Wie geht die zweite Generation mit den Erfahrungen der Elterngeneration um, welche Handlungsmuster ergeben sich daraus, welche Hilfsangebote sind sinnvoll?“

Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Psychologe, Psychotherapeut, Leiter der Beratungsstelle „Gegenwind“

14.45 Uhr: Panel „Politisch verfolgte Eltern und ihre Kinder – Erfahrungswelten“

Prof. Karin Sorger (Mutter) und Dr. Natalie Wöhrle (Tochter),

Dr. Ute Steinhäuser (Mutter) und Dr. Katrin Klein (Tochter)

Moderation: Isabell Fannrich-Lautenschläger, freie Journalistin

15.30–15.45 Uhr:
Diskussionmöglichkeit

15.45–16.15 Uhr: Kaffeepause

16.15 Uhr: Film „Jeder schweigt von etwas anderem“ (72 min)

Zum Filminhalt: Drei Familien, aus der geschätzten Zahl von 250 000 politischen Gefangenen der DDR, kämpfen mit der Frage, wieviel Vergangenheit sie heute noch zulassen wollen. Über drei Generationen, geprägt durch Trennung, Repression und Sippenhaft, sitzen manche Wunden so tief, daß sie über Jahrzehnte niemand aufreißen wollte. Jetzt werden die Kinder erwachsen und damit wächst der Druck, das alte Schweigeabkommen zu brechen.

Im Anschluß ab 17.30 Uhr Diskussionsmöglichkeit mit Anne Gollin, Mitwirkende im Film, freie Referentin.

ca. 17.45 Uhr: Abschlußdiskussion

Veranstaltungsort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Veranstalter: UOKG e.V. in Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer

Die Veranstaltung wird gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2019“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2019 ist erschienen.

Anlässlich des 30. Jubiläums der Friedlichen Revolution in der DDR und der demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa ist der Kalender zugleich eine Chronik des Jahres 1989: Tag für Tag verweist er auf kleine und große Ereignisse, die dieses Jahr zu einem Höhepunkt der europäischen Freiheits- und Demokratiegeschichte werden ließen.

Die Chronik illustriert, wie im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1989 die SED-Führung noch auf Flüchtlinge schießen ließ, während die ungarische Regierung bereits die Öffnung des Eisernen Vorhangs vorbereitete.

Die Tagesmeldungen des Sommers erinnern an die dramatische Fluchtbewegung von DDR-Bürgern über Ungarn und die bundesdeutschen Botschaften in Warschau und Prag sowie an den Mut der Menschen, die ihren Protest ab Oktober

massenhaft auf die Straße trugen und die SED-Diktatur schließlich zu Fall brachten. Eine dem Kalendarium vorangestellte Jubiläumsübersicht erinnert zudem u.a. an die Geburtsstunde der ersten deutschen Republik 1919 sowie die doppelte deutsche Staatsgründung im Jahr 1949, die sich 2019 zum 100. bzw. 70. Mal jähren werden.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2019 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Suchanzeige

Zeitzeugen gesucht!

Wer war in der früheren MfS-Untersuchungshaftanstalt in Neustrelitz (bzw. ab 1987 in Neubrandenburg) inhaftiert?

Für den Aufbau einer neuen Dauerausstellung bittet der „Verein Stasi-Haftanstalt Töpferstraße e.V.“ ehemalige Häftlinge um ihre Unterstützung. Der gemeinnützige Verein setzt sich seit Jahren für den Erhalt des einstigen Stasi-Gefängnisses in der Neustrelitzer Töpferstraße als Gedenkort ein. Nun wird am historischen Ort eine Ausstellung über die Haftbedingungen und die Schicksale der ehemaligen Häftlinge entstehen. Da weder die Geschichte des Gefängnisses der Staatssicherheit hinreichend erforscht ist, noch die Namen der ehemaligen Häftlinge bekannt sind, ist der Verein auf die Mithilfe von Zeitzeugen angewiesen.

Bitte melden Sie sich bei: Julia Reichheim, Brüsseler Straße 20, 13353 Berlin, Tel.-Nr. (030) 49 96 83 78, Mobil 0176-830 58 698, E-Mail zeitzeugenprojekt@stasi-haftanstalt-neustrelitz.de 

Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am

Samstag, dem 15. Dezember 2018, 10.00 Uhr,

nach 09111 Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (Einlaß: ab 09.30 Uhr) ein.

Ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Anlaß, Rückschau zu halten und in weihnachtlicher Atmosphäre Kameraden und Freunde wieder zu treffen. Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Teilnahmebestätigung an: VOS Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz oder per Telefon unter 0176-82 57 31 61.

Der Vorstand der VOS Chemnitz –
Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Abschied

Ulrich Schacht starb am 16. September 2018 in Schweden. Er war einer von uns, einer von den einstigen DDR-Häftlingen, die den Untergang des SED-Staates überlebt und aufgeschrieben hatten, was ihnen zugestoßen war!

Ich bin Ulrich Schacht im Herbst 1979 in Schnakenburg an der Elbe auf einer Tagung über DDR-Literatur begegnet. Er war hochgewachsen, freundlich und voller Lebenslust, und er schrieb herrliche Gedichte, nicht auf der Höhe Georg Trakls oder Paul Celans, aber eine Stufe darunter. Seine leidvolle DDR-Vergangenheit war ihm nicht anzusehen, aber wenn man sein Schicksal kannte, staunte man, daß er nicht daran zerbrochen war.

Sein Vater war ein sowjetrussischer Offizier, in Mecklenburg stationiert, der 1950 mit seiner Mutter Wendelgard nach Westdeutschland fliehen wollte, weil die Besatzungsmacht die Eheschließung verboten hatte. Der Fluchtplan wurde verraten, der Vater nach Sibirien verbannt, die Mutter bekam zehn Jahre Freiheitsentzug (wofür?), die sie im Zuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge verbüßen sollte. Dort wurde Ulrich am 9. März 1951 geboren. Wochen nach der Geburt, es war ein grausamer Vorgang, wurden den Frauen

Leserbrief

Können die Verantwortlichen nicht lesen?

Zum Beitrag „Trier versteht es einfach nicht“, *Ausg. 7/2018, S. 3*

Unter der Überschrift „Trier versteht es einfach nicht“ erfahren wir: „Die Würdigung seines Lebenswerkes [die Rede ist von Karl Marx] jenseits von Legendenbildung ... ist der Stadt Trier ein großes Anliegen. Seine Ideen sind im 20. Jahrhundert zu Aufbau und Rechtfertigung von Diktaturen mißbraucht worden.“ Zugleich wird herausgestellt, daß „Das Manifest der Kommunistischen Partei“ zum Unesco-Welterbe gehört.

In diesem Manifest, Verfasser Karl Marx und Friedrich Engels, steht schwarz auf weiß: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können

durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution erzittern.“ (MEW 4,493) Mit derlei Zitaten habe ich ein ganzes Buch gefüllt.

Wenn ich den zitierten Text bedenke, so sehe ich Berge von Leichen und Ströme von Blut. Muß man nicht mit Blindheit geschlagen sein, wenn man verkennt, daß sich Verbrecher wie Stalin auf solche Texte berufen konnten?

Prof. Dr. Konrad Löw, Baierbrunn

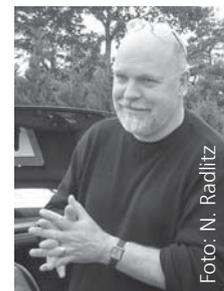
(Konrad Löw ist Autor des Buches „Marx & Engels – Die Väter des Terrors. Rotbuch der kommunistischen Ideologie“, München 1989, mit einem Vorwort von Stéphane Courtois)

in Hoheneck, die Mütter geworden waren, die Kinder weggenommen. Ulrich wurde dann in ein Kinderheim der Volkspolizei in Chemnitz verbracht, später durfte ihn seine Wismarer Großmutter zu sich nehmen. In seinem Buch „Vereister Sommer“ (2011) hat er das Schicksal seiner Eltern beschrieben und wie er seinen Vater in Moskau gefunden hat. Ein Vierteljahrhundert zuvor schon hat er das Zuchthaus Hoheneck, den Ort seiner Geburt, noch zu DDR-Zeiten in die Erinnerung zurückgerufen mit dem Buch „Hohenecker Protokolle“ (1984), worin er elf Frauen, darunter seine Mutter und seine erste Ehefrau Carola, nach ihren Schicksalen befragte.

Nach Bäckerlehre und Sonderreifprüfung studierte Ulrich Schacht Theologie in Rostock und Erfurt, dann wurde er, mitten im Studium 1973, wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verhaftet, zu sieben Jahren verurteilt und ins berüchtigte Zuchthaus Brandenburg verbracht, von wo er 1976 freigekauft wurde. Anschließend studierte er in Hamburg Politische Wissenschaften und Philosophie, ohne freilich das Studium abzuschließen, weil er in Bonn Redakteur der „Welt“ und später in Hamburg Redakteur der „Welt am Sonntag“ wurde. 1997 zog er, Deutschlands überdrüssig, nach Schweden, wo ich ihn 2008 besuchte.

Ich kann mich noch erinnern, wie er 1984 ans Rednerpult des Schriftstellerkongres-

ses in Saarbrücken trat, wo DDR-Sympathisant Bernt Engemann Regie führte, und seinen außergewöhnlichen Lebenslauf vortrug, den niemand zur



Ulrich Schacht, 2005.

Kenntnis nehmen wollte, nur Heinrich Böll kam zu ihm und sprach ihm Mut zu. Ein Jahr später, 1985, besuchte er die dänische Insel Mön und entdeckte auf dem Friedhof Gräber unbekannter DDR-Flüchtlinge, deren Leichen an der Küste angeschwemmt worden waren. Später erzählte er mir einmal, wie er in Hamburg an einer Lesung Christa Wolfs teilgenommen hatte, noch vor dem Mauerfall 1989. Die Stimmung wäre politisch aufgeheizt gewesen, es wäre nicht ratsam gewesen, in der Diskussion die DDR zu kritisieren. Danach aber begleitete er Christa Wolf ins Hotel und erzählte ihr seine Geschichte. Sie hätte aufmerksam zugehört, berichtete er, und sei entsetzt gewesen darüber, was sie da zu hören bekommen hatte.

Am Abend des 9. November 1989, als ich noch ahnungslos war, was in Berlin abließ, rief er mich in Bonn an und schrie ins Telefon: „Die Mauer ist weg!“

Jörg Bernhard Bilke

Veranstaltungen

3.11. (Sa), 11.00 Uhr:
„Vergessene Kinder? Die Nachkommen politisch Verfolgter“, UOKG-Kongreß; Veranstaltung d. UOKG u.a.; Ort: Besucherzentrum d. Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

5.11. (Mo), 9.00–18.00 Uhr:
„Überwachungsstaat?!“ Observati-on und Kontrolle in Geschichte und Gegenwart – 11. Hohenschönhausenforum; Ort: ehem. MfS-Zentrale, Ruschestr. 103, Haus 22, 10365 Berlin; Teilnahme nur mit Anmeldung unter: Tel. (030) 98 60 82-413 oder veranstaltungen@stiftung-hsh.de

6.11. (Di), 18.00 Uhr:
„Aufarbeitung oder Schlußstrich? Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland“, mit Dr. Jens Schöne, Stv. Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Prof. em. Dr. Wolfgang Benz, Historiker, Peter Radunski, Senator a.D., Berlin, Konrad Weiß, Publizist, Berlin, Karin Wetterau, Autorin, Bielefeld; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Das doppelte 1968. Hoffnung – Aufbruch – Protest“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.11. (Di), 19.00 Uhr:
„Freimaurerei und Diktatur. Die sächsischen Großlogen nach 1918“, Buchvorstellung u. Gespräch mit Dr. Franziska Böhl; Veranstaltung d. Leipziger Bürgerkomitees; Ort: ehem. Kinosaal in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

9.11. (Fr), 19.00 Uhr:
Podiumsdiskussion am Jahrestag des Mauerfalls; Veranstaltung d. Leipziger Bürgerkomitees; Ort: ehem. Kinosaal in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

10.11. (Sa), 12.00–17.00 Uhr:
Deutsch-Bulgarischer Geschichtstag 2018. Freiheit vs. Dimitroff – Deutsch-Bulgarische Zeitgeschichte und die Rolle Leipzigs; Veranstaltung d. Deutsch-Bulgarischen Geschichtsvereins „Pamet“ e.V. u.a.; Ort: BStU-Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig; Anmeldung unter christoph.lorke@wwu.de oder Tel. 0162-15 77 77 29

12.11. (Mo), 18.15 Uhr:
„Mythos Babylon Berlin. Weimar in der Populärkultur“, mit Hanno Hochmuth, Potsdam; öffentliche Ringvorlesung d. Lehrstuhls f. Neueste und Zeitgeschichte d. Humboldt-Universität zu Berlin u.a. im Rahmen der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben

Historisches Zeugnis

„Meistverkauft, meistbegrüßt, meistgehaßt und meistbeschrieben“ ist der Titel eines Beitrages in der neuen Ausgabe der philatelistischen MICHEL-Rundschau. Autor Wilhelm K.H. Schmidt hat sich erneut des Themas der Gefangenen-Gedenkmarke von 1953 angenommen. Anlaß ist der 65. Jahrestag ihres Erscheinens.

Zu Recht schreibt Schmidt, daß manche Briefmarken nicht nur Sammelobjekte, sondern vielmehr auch historische Zeugnisse sind. Das gilt für diese Marke ganz besonders.

Schon 1950 wurde angeregt, eine Gedenkmarke zur Erinnerung an die noch immer in sowjetischen Lagern inhaftierten Kriegsgefangenen und politischen Häftlinge herauszugeben. Es dauerte dann noch einmal drei Jahre, bis die Marke mit der Umschrift „Gedenket unserer Gefangenen“ mit tatkräftiger Unterstützung des Heimkehrverbandes erscheinen konnte.

Der Autor hat die Entstehungsgeschichte akribisch recherchiert und ist dabei auf verschiedene Entwürfe gestoßen, die noch nie veröffentlicht wurden. Wettbewerbsieger war der Graphiker Karl Hans Walter. Sein Entwurf sah einen Stahlstich mit Blindprägung vor. Diese Technik war das letzte Mal 1880 für Briefmarken verwendet worden, so daß Walter, gleichsam als Nebenwirkung, das fast vergessene Verfahren neu belebte.

Am 10. Mai 1953 war die Gefangenen-Gedenkmarke erstmalig in den Poststellen zu erhalten. Sie galt bis zum 31. Dezember 1954 und hatte insgesamt eine Auflage von 101 200 000 Stück. Sie ist bis heute als einzelne Sonderausgabe die auflagenstärkste und meistverkaufte Briefmarke der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bewertung innerhalb der westdeutschen Bevölkerung fiel zunächst unterschiedlich aus, wobei es offensichtlich eher ästhetische als politische Gründe waren, die das geteilte Echo hervorriefen. Schmidt hat stellvertretend zwei längere Auszüge aus Meinungsäußerungen in seinem Artikel gegenübergestellt.

Ganz anders die Reaktionen der DDR-Regierung, die keine ästhetischen Einwände erhob, wohl aber das Erscheinen der Marke als politische Provokation verstand, zumal, wenige Wochen vor

dem 17. Juni, die Stimmung in der DDR-Bevölkerung ohnehin explosiv war. Die DDR-Briefmarkenzeitung „Sammler-Expreß“ schrieb: „Man treibt hier ganz bewußt Schindluder mit den Gefühlen von Frauen und Müttern, die man, acht Jahre nach Kriegsende, noch immer hoffen läßt, ihre gefallenen Angehörigen wären noch am Leben, befänden sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Anstatt all diese Wartenden mit Hilfe der erbeuteten Nazi-Karteien von ihren quälenden Hoffnungen zu befreien, setzt man hier das blutige Erbe der Nazis fort und behauptet frech und lügnerisch, Hunderttausende deutscher Soldaten des letzten Krieges müßten in ‚Sibirien schmachten‘...“ – ein weiterer Beweis, daß Fake News, samt der Unterstellung, der Gegner würde solche verbreiten, keine Erfindung des Internetzeitalters sind.

Gefangenen-Marken, die auf Postsendungen die DDR erreichten, wurden geschwärzt, abgerissen, überklebt oder die Briefe wurden gar nicht erst ausgeliefert. Es tobte der sogenannte deutsch-deutsche Postkrieg.

Der Autor beschließt seine Geschichte dieser Marke mit der Heimkehr der Gefangenen 1955/56. Dabei verweist er auf eine differenzierte Beurteilung der Verhandlungen Konrad Adenauers in Moskau 1955, um die Gefangenen zurück nach Deutschland zu holen.

Wilhelm K.H. Schmidt hat nach gründlicher Recherche einen detaillierten, historisch hochinteressanten Aufsatz mit zahlreichen, teilweise kaum oder nicht bekannten Abbildungen vorgelegt, der nicht nur Briefmarkensammler fesseln dürfte.

Friedrich Rudolph



.....
 Wilhelm K.H. Schmidt: Meistverkauft, meistbegrüßt, meistgehaßt und meistbeschrieben, in MICHEL-Rundschau 10/2018 PLUS, 6,20 Euro, Bezug über: Schwaneberger Verlag GmbH, Ohmstr. 1, 85716 Unterschleißheim, Tel. (089) 323 93-218 oder -207, E-Mail vertrieb@michel.de



Das MfS in Nordhausen

In einer Gemeinschaftsarbeit der ausgewiesenen Historikerin Dr. Hanna Labrenz-Weiß, die seit Anbeginn wissenschaftliche Mitarbeiterin der BStU ist, und dem Diplomingenieur Joachim Heise, der in der DDR politisch inhaftiert war, wird die Arbeitsweise einer Kreisdienststelle des MfS in Zusammenarbeit mit dem Rat des Kreises, Abteilung Inneres, beispielhaft aufgearbeitet. Ganz deutlich wird dabei



Hanna Labrenz-Weiß, Joachim Heise: *Staatssicherheit in Nordhausen*, Atelier Veit Verlag, Nordhausen 2018, 461 S., 19,90 €

die „führende Rolle der Partei SED“ betont, was oft bei der Beschäftigung mit dem Thema MfS zu kurz kommt, denn in Artikel 1 der DDR-Verfassung war diese eindeutig festgelegt. Nicht das MfS hatte die Macht über die SED, es war genau umgekehrt.

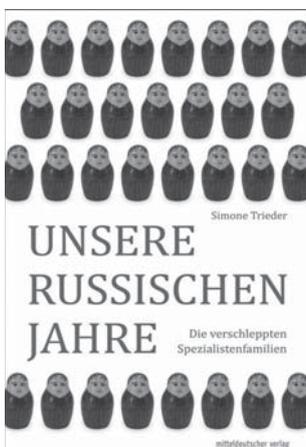
Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten werden Strukturen und Arbeitsweise der MfS-Kreisdienststelle Nordhausen, früher Bezirk Erfurt, heute Land Thüringen, dargestellt, wobei die Grenznahe eine besondere Rolle spielt. Nordhausen war als Industriestandort mehrerer Kombinate, wie IFA-Motorenwerke, RFT und VEB Schachtbau, die zum Teil auch in die „DDR-Landesverteidigung“ eingebunden waren, besonders wichtig, dementsprechend groß war auch die MfS-Kreisdienststelle dimensioniert. Akribisch wurden die Arbeitsbereiche

untersucht, und trotzdem liest sich das Buch flüssig.

Im zweiten Teil wird am persönlichen Beispiel der Familie Heise die Strategie des Rates des Kreises, Abteilung Inneres, deutlich, wo der (MfS-)„Offizier im besonderen Einsatz“ (Oibe) Lothar Eichentopf, perfide agierte, um die Familie Heise zu zersetzen. Es ist erschütternd zu lesen, mit welchen Mitteln dieser SED-Nomenklaturkader und Oberleutnant des MfS operierte, um die vorgegebenen Ziele der „Zurückdrängung von Ausreisearbeitern“ zu erreichen. Nicht nur die Erwachsenen waren diesem Psychoterror ausgesetzt, auch die Kinder der Familie litten unter den Schikanen, besonders nach der Inhaftierung ihres Vaters. Obwohl in den heute vorliegenden Akten der BStU eindeutig die Willkür im Fall der Familie Heise belegt ist, wurden die Verfahren gegen den Oibe Eichentopf eingestellt, weil er „sich nach den Gesetzen der DDR“ verhalten habe.

Damit wird wieder deutlich: Die SED-Diktatur war ein Unrechtsstaat. Unerträglich bleibt, daß noch immer im Landtag Thüringen SED-Nomenklaturkader sitzen, die als Richterin (Dr. Martin-Gehl), NVA-Grenzoffizier (Ralf Kalich), Volkspolizist (Rainer Kräuter) oder als hauptamtliche SED-Funktionäre (Ina Leukefeld, Margit Jung) tätig waren. Auch gerade deshalb ist dieses Buch so wichtig und empfehlenswert.

Anton Odenthal



Simone Trieder: *Unsere russischen Jahre. Die verschleppten Spezialistenfamilien*, Mitteldeutscher Verlag 2018, 256 S., 16,00 €

Russische Jahre

Zweieinhalbtausend Familien werden am Dienstag, dem 22. Oktober 1946, in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in einer Geheimaktion von sowjetischen Militärs aus dem Schlaf gerissen. Nur Stunden später sitzen sie im Zug mit unbekanntem Ziel. Die Väter sind Ingenieure und Techniker der Flugzeug- und Maschinenindustrie. Eine lebende Reparatur – auf unbekannte Dauer.

Doch die 22jährige Studentin Ida findet es gar nicht übel, das kriegszerstörte Deutschland hinter sich zu lassen: „Warum nicht Moskau?“

Der Roman basiert auf dem Tagebuch eines „Rußlandkindes“, der Mutter der Autorin.

Mit weiteren Stimmen von Zeitzeugen entsteht ein Kaleidoskop der fünf bis acht Jahre Rußlandzeit der Kinder der verschleppten Spezialisten, die sehr unterschiedlich erlebt und bewertet werden. Gemeinsam ist allen der Bruch in der Biographie, ein Gezeichnetsein für immer.

Veranstaltungen

der ersten deutschen Republik“; Ort: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin

13.11. (Di), 18.00 Uhr: **„Die RAF hat Euch lieb“**. Die Bundesrepublik im Rausch von 68 – Eine Familie im Zentrum der Bewegung, Buchpräsentation mit Autorin Bettina Röhl; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

13.11. (Di), 18.00 Uhr: Filmpräsentation **„Splitter im Kopf – Hafterfahrungen in der DDR“**, Dokumentation v. Jürgen Haase u. Angela Henkel, anschließend Gespräch mit Grit Poppe, Schriftstellerin, u. Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Psychologe u. Psychoanalytiker, Leiter der Beratungsstelle „Gegenwind“; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

14.11. (Mi), 11.00–14.00 Uhr: **Beratungsangebot** der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS); Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Meldung im Ausstellungsbüro, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

15.11. (Do), 19.00 Uhr: **Das Ende der Entnazifizierung und die Folgen**, Kurzvorträge u. Podium mit Dr. Daniel Bohse, Gedenkstätte Moritzplatz, Magdeburg, u. Prof. Dr. Angela Borgstedt, Universität Mannheim; Veranstaltung d. Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a. in der Reihe „Berlin 1948. Frontstadt im Kalten Krieg“; Ort: Topographie des Terrors, Niederkirchnerstr. 8, Berlin-Kreuzberg

22.11. (Do), 18.00 Uhr: **Schottet sich China wieder ab?** Eine Bestandsaufnahme 40 Jahre nach Beginn der „Reform- und Öffnungspolitik“, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Dr. h.c. Mechthild Leutner, FU Berlin, Dr. Kristin Shi-Kupfer, Mercator Institut for China Studies, Berlin, Dr. Isabella Maria Weber, Goldsmith, University of London, Prof. Dr. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Universität Wien; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

22.11. (Do), 19.00 Uhr: **„Blutige Erdbeeren“**, USA 1969, 109 Minuten, Spielfilm; Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Zeitschnitt 2018. Kunst und Rebellion“ der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur u.a.; Ort: Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1 A, 14467 Potsdam



27.11. (Di), 18.00 Uhr:

„Runter von der Birkenallee – Ein Stasi-Häftling und Gefängnisarzt auf dem Weg in die Freiheit“, Lesung mit Autor Dr. Dittmar May, Facharzt für MKG-Chirurgie u. ehemaliger politischer Häftling; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

27.11. (Di), 18.00 Uhr:

Wie viel Marx steckt im Kommunismus? Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

3.12. (Mo), 18.15 Uhr:

„Weimars visuelles Erbe in der Bundesrepublik und der DDR“, mit Annette Vowinkel, Potsdam; öffentliche Ringvorlesung d. Lehrstuhls f. Neueste und Zeitgeschichte d. Humboldt-Universität zu Berlin u.a. im Rahmen der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.12. (Di), 18.00 Uhr:

„Von der Revolte zur Revolution. Wie viel 1968 steckt in 1989?“, Vortrag; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. im Rahmen der Reihe „Das doppelte 1968. Hoffnung – Aufbruch – Protest“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.12. (Mi), 15.00 Uhr:

1948 – Jahr der Entscheidungen; Veranstaltung d. Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a. in der Reihe „Berlin 1948. Frontstadt im Kalten Krieg“; Ort: Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Amerika-Haus, Hardenbergstr. 22–24, Berlin-Charlottenburg

5.12. (Mi), 18.00 Uhr:

„Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit – Auswirkungen und verwehrt Entschädigung heute“, mit Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Politikwissenschaftlerin, Autorin, u.a.; Veranstaltung d. UOKG u.a.; Ort: „Einblick ins Geheime – Die Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv“, auf dem Areal „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

11.12. (Di), 18.00 Uhr:

Gedenken an Ulrich Schacht (1951–2018), im Anschluß zum Jahresausklang besinnliches Beisammensein mit Musik, Punsch und Gebäck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Film

Der Tod des Automobilfabrikanten

Die Spur der Ahnen, „Der Tod des Automobilfabrikanten“, v. Steffen Jindra, MDR, 10.10., 21.15 Uhr

Die Botschaft des Filmes hätte fast im Neuen Deutschland gestanden haben können. Hans Werner Rasmussen, Direktor der Framo-Werke GmbH in Hainichen, 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in ein Speziallager verschleppt, nach wenigen Wochen dort entkräftet gestorben, gehörte zur Klasse der Kapitalisten. Folgerichtig wird aus dem Schicksal des Menschen Hans Rasmussen der Tod „des Automobilfabrikanten“.

Jedes auch nur mit einem einzigen Schriftstück angezeigte Ereignis wird gegen ihn interpretiert. Ihm wird Verantwortung zugeschrieben, die er nicht hatte. Verschwiegen wird von den „Experten“, daß die gesamte Auto Union bereits seit 1932 der sächsischen Staatsbank gehörte. Nicht einmal angedeutet wurde, daß der Einstieg der Framo-Werke in die Rüstungsproduktion 1943 einer regierungsamtlichen Anweisung im Rahmen des „totalen Krieges“ folgte.

Sicher, die NS-Zeit hat niemand in einer solchen Position als Unschuldiger überstanden. Doch die Macher des Filmes, unter ihnen besonders der Historiker Pascal Cziborra, wägen nicht ab, sie diktieren ein Urteil: Rasmussen war ein NS-Verbrecher. Warum er dann keinen Kriegsverbrecherprozeß erhielt, sondern einfach zum Sterben in ein Lager gesperrt wurde, danach wurde nicht einmal gefragt. Sehenswert für Leute, die sich für handwerkliche Fehler von Journalisten und Historikern interessieren.

Christian Sachse

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STA-CHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November und Dezember Geburtstag haben

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November, Kurt Große am 1. Dezember, Wolfgang Heitmann am 5. Dezember, Horst Popper am 7. Dezember, Willi Ulich am 8. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Günther Triebisch am 16. Dezember, Erna Kalauch am 17. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz, Klaus-Jürgen Hager, Heinz Nietsch am 20. Dezember, Werner Heupel am 21. Dezember, Ilse Dittmer

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

am 23. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau, Christiane Nickel am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Kathrin Arnold, Rosemarie Badock, Helmut Beuermann-Winkelbach, Gerold von Busse, Dr. Wolf Erler, Ursula Feustel, Hans-Christoph Flade, Gerhard Gärtner, Renate Gebel, Kurt Große, Herbert Hubl, Hans-Jürgen Hübler, Horst Kluge, Barbara Lampe, Kerstin Lange, Gudrun I. Lindh, Johannes Lindner, Guido Maier, Fritz Mathei, Peter Menzel, Werner Mieth, Alfred Müller, Roland Nebel, Horst u. Sieglinde Opitz, Siegbert Schmolke, Horst Schultz, Dr. Renate Seyrich, Günter Sickora, Roland Steinbach, Martin Taatz, Reiner Wetzig, Dr. Karl-Adolf Zech

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Ignorieren ist noch keine Toleranz.

Theodor Fontane

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 4. Oktober 2018

